

Wirtschaftskraft KMU

Vorfahrt für Österreichs KMU

2014



Ein Projekt der
Wirtschaftskammern Österreichs

Koordination:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

in Zusammenarbeit mit:
KMU Forschung Austria
Gußhausstr. 8
1040 Wien
www.kmuforschung.ac.at

Vorwort

Eine wesentliche Stärke der heimischen Wirtschaft ist die Pluralität ihrer Unternehmensstruktur. Die österreichischen KMU - vom Ein-Personen-Unternehmen bis hin zum mittleren Unternehmen mit maximal 249 Beschäftigten - verkörpern diese Vielfalt und erfüllen vielfältige Funktionen im heimischen Wirtschaftssystem. 99,6 % aller österreichischen Unternehmen sind KMU, was insgesamt rund 256.000 Unternehmen entspricht, die rund 1,7 Mio. Personen beschäftigen und etwa 65.000 Lehrlinge ausbilden. KMU sind damit wesentliche Arbeitgeber und tragen durch ihre Ausbildungsleistungen auch zur guten Arbeitsmarktintegration der österreichischen Jugend bei. Vorteile der kleinen und mittleren Betriebe liegen in ihrer Flexibilität und Marktnähe, durch welche sie den kontinuierlichen Strukturwandel vorantreiben.

Mit der jährlich erscheinenden Broschüre „Wirtschaftskraft KMU“ werden die Wichtigkeit dieser Unternehmensgruppe für die heimische Wirtschaft und Gesellschaft hervorgehoben und rezente Entwicklungen des unternehmerischen Umfelds in Österreich und der EU aufgezeigt. Die umfassende Datenbasis, die nicht nur strukturelle Dimensionen umfasst, sondern auch die Leistungen der kleinen und mittleren Betriebe in den Vordergrund stellt, liefert damit auch eine Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben sich die Rahmenbedingungen für KMU deutlich geändert. Durch die zunehmende Globalisierung und verstärkte Verflechtung der Kapital-, Güter- und Dienstleistungsmärkte entsteht einerseits ein verstärkter Druck auf die heimischen Betriebe, zum anderen eröffnen sich jedoch auch neue Marktpotentiale und Chancen in Hinblick auf Auslandsaktivitäten. Aus diesem Grund enthält der diesjährige Bericht einen Schwerpunkt zum Thema Internationalisierung von KMU. Die österreichischen kleinen und mittleren Betriebe sind für rund die Hälfte des Warenexportvolumens verantwortlich und im EU-Vergleich besonders gut in den europäischen Binnenmarkt integriert. Nicht außer Acht zu lassen ist auch ihre zentrale Rolle in der Wertschöpfungskette - etwa in ihrer Funktion als Zulieferbetriebe.

Ein vorrangiges Ziel der WKO Wirtschaftspolitik ist die Schaffung von KMU-freundlichen Rahmenbedingungen, damit die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der heimischen Unternehmen auch zukünftig sichergestellt werden kann. Vor diesem Hintergrund befasst sich ein wesentlicher Teil der Broschüre mit bereits erzielten Erfolgen der WKO und weiteren wirtschaftspolitischen Forderungen, die auf dem Weg zu einem besseren Unternehmensumfeld in Zukunft noch umzusetzen sind.

Inhaltsverzeichnis

1	KMU Facts & Figures	1
1.1	Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	1
1.2	Struktur des KMU-Sektors in Österreich	5
1.2.1	Unternehmensstruktur	5
1.2.2	Struktur der Beschäftigten	6
1.2.3	Leistungskennzahlen der österreichischen KMU	8
1.2.4	Zusammenfassung zur Entwicklung der KMU im Zeitraum 2008 bis 2012	10
1.3	Entwicklung der österreichischen KMU im internationalen Vergleich	11
1.4	Einschätzungen der österreichischen KMU zur konjunkturellen Situation	13
1.5	Struktur des KMU-Sektors mit weniger als 100 Beschäftigten in Österreich	15
1.6	Betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen KMU	18
1.7	Betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen EPU (E/A-Rechner)	26
1.8	KMU und Internationalisierung	29
1.8.1	Eckdaten zum österreichischen Außenhandel	29
1.8.2	Bedeutung der KMU im österreichischen Außenhandel	31
1.8.3	Barrieren und förderliche Faktoren für die Internationalisierung von KMU	32
2	KMU-politische Erfolge der WKO	35
2.1	Unternehmertum durch angebotsorientierte Rahmenbedingungen stärken	35
2.1.1	Finanzielle Entlastung	35
2.1.2	Sicherung des Wettbewerbs sowie Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit	36
2.1.3	Sicherung der Unternehmensfinanzierung	37
2.1.4	Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft	38
2.1.5	Reduzierung administrativer Belastungen	39
2.1.6	Förderungen und Serviceleistungen	40
2.1.7	Verbesserung der Vorsorge	41
2.2	Effiziente öffentliche Strukturen durch Systemreformen sicherstellen	42
2.3	Wachstum durch Zukunftsinvestitionen fördern	42
3	KMU-politische Forderungen der WKO	44
3.1	Unternehmertum durch angebotsorientierte Rahmenbedingungen stärken	44
3.1.1	Finanzielle Entlastung	44
3.1.2	Sicherung des Wettbewerbs sowie Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit	45
3.1.3	Sicherung der Unternehmensfinanzierung	45
3.1.4	Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft	46
3.1.5	Reduzierung administrativer Belastungen	48
3.1.6	Förderungen	49
3.2	Effiziente öffentliche Strukturen durch Systemreformen sicherstellen	49
3.3	Wachstum durch Zukunftsinvestitionen fördern	50

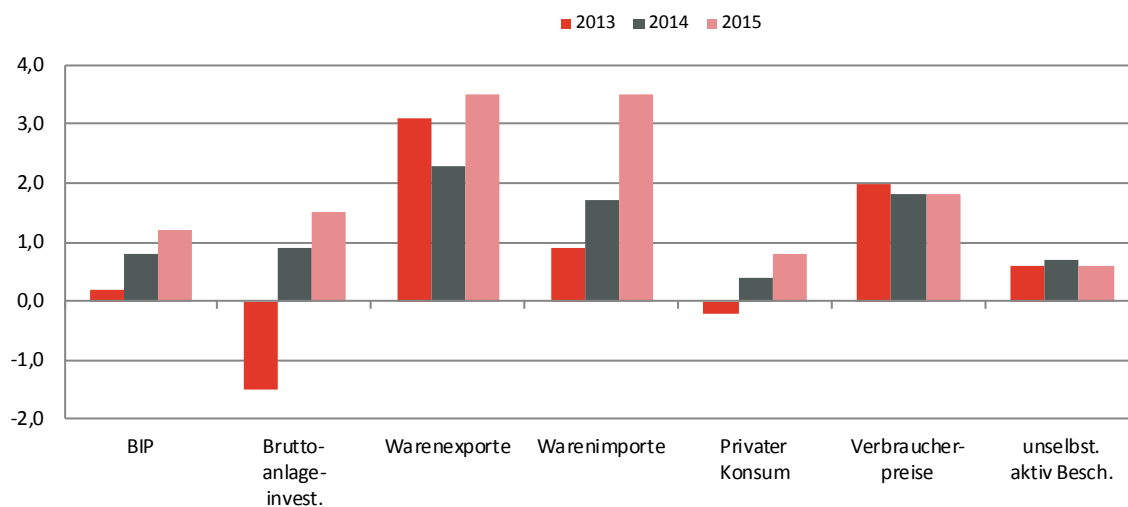
1 KMU Facts & Figures

Der vorliegende erste Teil des Berichts liefert eine umfassende Datenbasis zur Situation und Entwicklung der österreichischen KMU. Aufgezeigt werden die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Struktur und betriebswirtschaftliche Situation des unternehmerischen Mittelstandes.

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Eine erneute Dämpfung des Welthandels einerseits sowie auch die noch nicht überwundenen Folgen der Finanzmarktkrise in vielen Ländern verhindern derzeit einen exportgetriebenen Aufschwung bzw. eine dynamischere Entwicklung der Binnennachfrage. Lt. Wifo kommt es daher 2014 in Österreich voraussichtlich zu einem realen Anstieg des BIP um 0,8 %, und 2015 um 1,2 %. Aufgrund der getrübbten Absatzperspektiven ist das Investitionsverhalten weiterhin von Vorsicht gekennzeichnet. Die Entwicklung des Welthandels und folglich des österreichischen Außenhandels konnten sich 2014 nicht mit der gleichen Dynamik fortsetzen wie 2013. Wegen der in Hinblick auf die schwache Konjunktur relativ hohen Inflationsrate (2014: 1,8 %) sowie der zunehmenden Abgabenbelastung sinkt die reale Kaufkraft und der private Konsum steigt nur mäßig. Für das Jahr 2014 wird ein Beschäftigungsanstieg von 0,7 %, für 2015 um 0,6 % prognostiziert, welcher auf den Dienstleistungsbereich zurückzuführen ist.

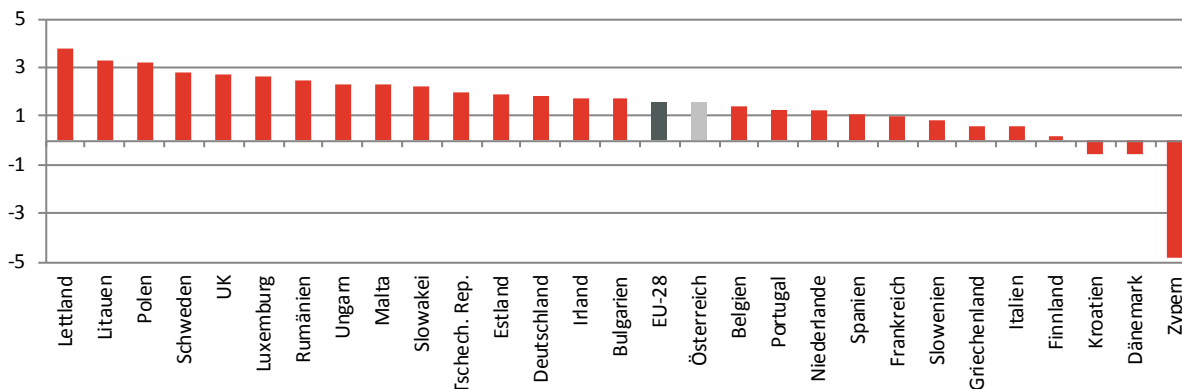
Entwicklung der Hauptindikatoren 2013 sowie Prognose 2014 und 2015, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistik Austria, Wifo, Konjunkturprognose September 2014

Das für 2014 von der Europäischen Kommission prognostizierte Wirtschaftswachstum liegt für Österreich in etwa auf dem Niveau der EU-28.

Prognostiziertes Wachstum des realen BIP 2014, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

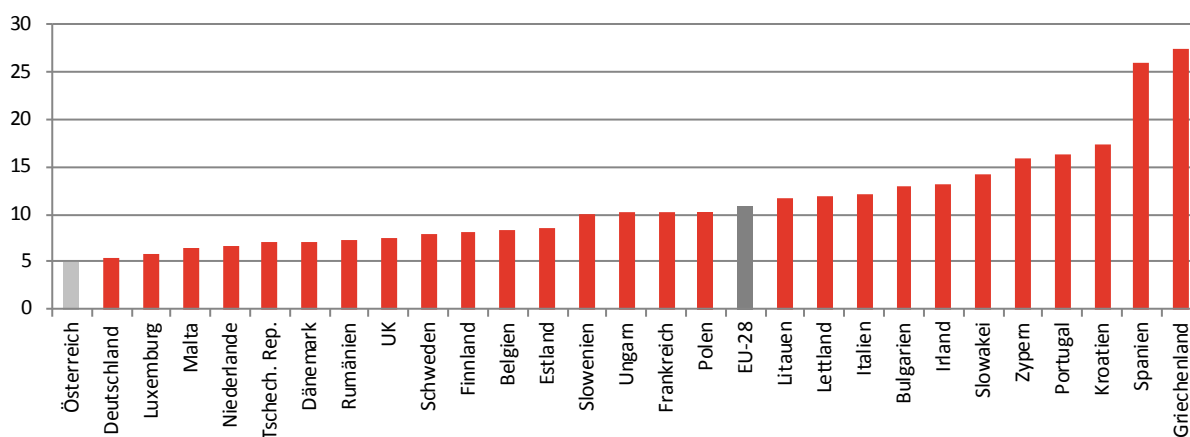


Quelle: Eurostat, 2014

Für die Jahre 2014 und 2015 wird am österreichischen Arbeitsmarkt sowohl ein Anstieg der unselbstständig Beschäftigten als auch der Arbeitslosenquote erwartet. Die Arbeitslosenquote nach AMS-Definition wird mit 8,4 % für 2014 und 8,8 % für 2015 prognostiziert. (Quelle: Wifo Konjunkturprognose September 2014).

Innerhalb der Europäischen Union weist Österreich die niedrigste Arbeitslosenquote aus. Da in der Eurostat-Definition der Arbeitslosenquote auch die selbstständig Beschäftigten in die Berechnungsbasis mit einbezogen werden, fällt die Eurostat-Arbeitslosenquote im Vergleich zur AMS-Definition geringer aus. Im Jahr 2013 lag diese bei 4,9 %.

Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition 2013



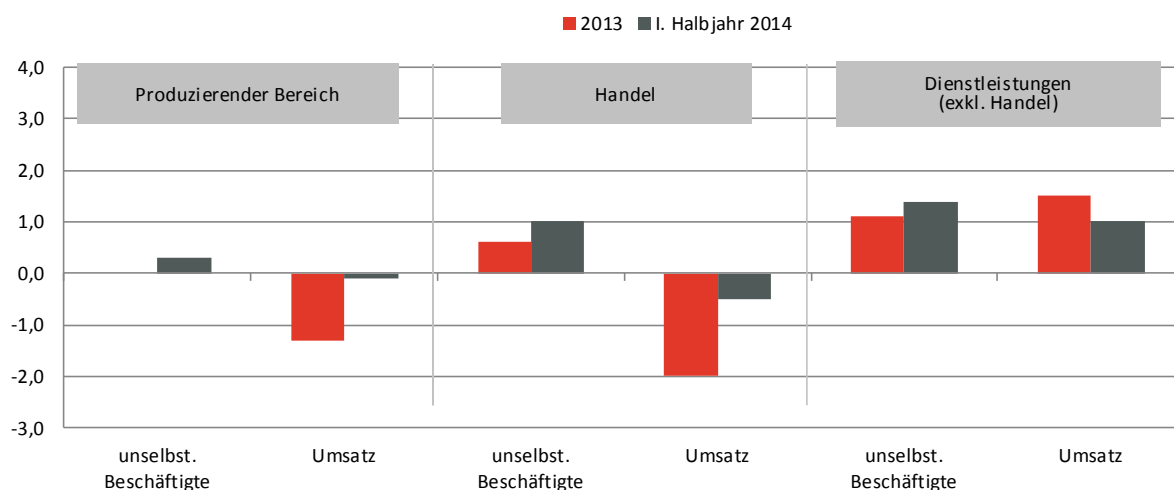
Quelle: Eurostat 2014

Im Jahr 2013 und im 1. Halbjahr 2014 hat sich von den drei großen Sektoren der österreichischen Wirtschaft der Dienstleistungsbereich (exkl. Handel) am besten entwickelt. Dies ist der einzige Wirtschaftsbereich, in dem sowohl die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten als auch die Umsätze gestiegen sind.

Im Handel hat sich die Anzahl der MitarbeiterInnen im Gesamtjahr 2013 und im 1. Halbjahr 2014 erhöht, während die Erlöse in beiden Zeiträumen zurückgegangen sind. Dabei setzte sich der Trend zur Teilzeitbeschäftigung fort (Quelle: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung).

Im produzierenden Bereich lag die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen auf dem Vorjahresniveau (2013) bzw. knapp darüber (1. Halbjahr 2014). Die Erlöse sind in der Produktion im Jahresvergleich 2012/2013 zurückgegangen. In der ersten Jahreshälfte 2014 konnte das Umsatzniveau vom 1. Halbjahr 2013 fast erreicht werden.

Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten und des Umsatzes (nominell) 2013 sowie 1. Halbjahr 2014, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Anmerkung: unselbstständig Beschäftigte inkl. geringfügig Beschäftigte

Produzierender Bereich = Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008

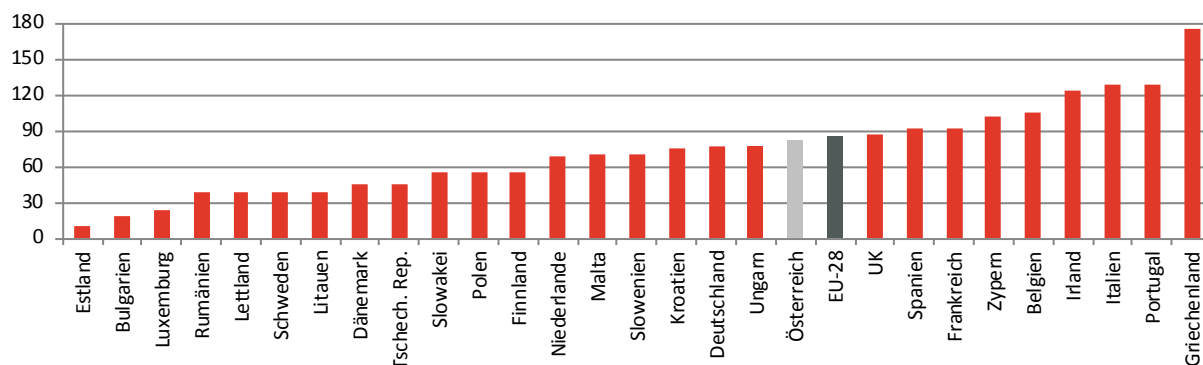
Handel = Abschnitt G der ÖNACE 2008

Dienstleistungen = Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008

Quellen: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Die öffentliche Verschuldung Österreichs belief sich 2013 insgesamt auf rund 81 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und war damit geringer als im Durchschnitt der EU-28 (rund 85 %). Österreich sowie auch die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten konnten damit das vorgeschriebene „Maastricht-Kriterium“ einer maximalen staatlichen Gesamtverschuldung von 60 % des BIP nicht einhalten.

Öffentlicher Schuldenstand lt. Maastricht-Definition 2013, in Prozent des BIP

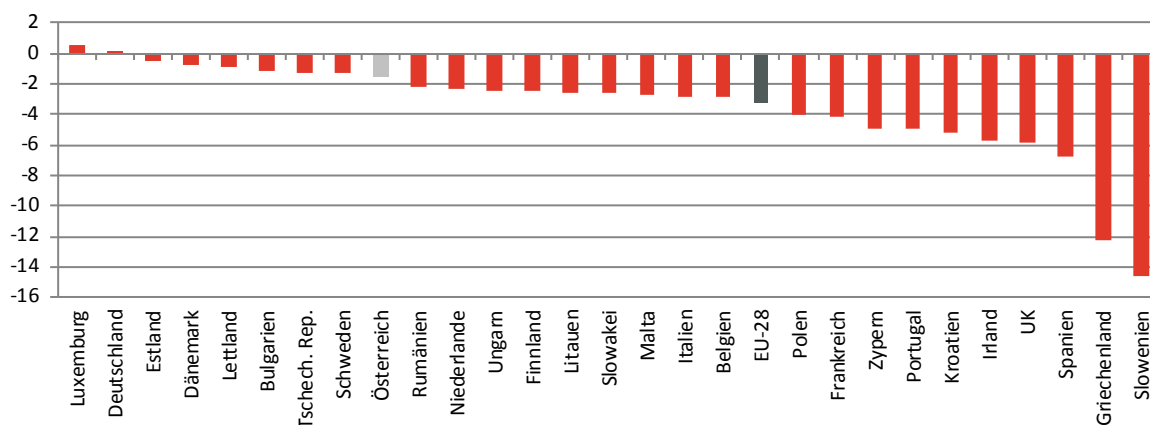


Quelle: Eurostat, 2014

Das österreichische Budgetdefizit bzw. der Finanzierungssaldo nach Maastricht-Definition belief sich im Jahr 2013 auf -1,5 % des BIP und lag damit innerhalb der „Maastricht-Bestimmungen“, welche eine maximale Neuverschuldung von 3 % des BIP vorschreiben. Die durchschnittliche Neuverschuldung innerhalb der EU-28 lag mit -3,2 % des BIP dagegen über der Maastricht-Grenze.

Für das Jahr 2014 prognostiziert das Wifo ein österreichisches Maastricht-Defizit von 2,9 %. Ungünstig wirken sich die Konjunkturlage sowie die für 2014 veranschlagten Bankenhilfen auf die Situation der öffentlichen Haushalte aus.

Finanzierungssaldo des Staates lt. Maastricht-Definition 2013, in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat, 2014

1.2 Struktur des KMU-Sektors in Österreich

1.2.1 Unternehmensstruktur

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) prägen die heimische Wirtschaft. Im Jahr 2012 handelte es sich bei etwa 256.200 bzw. 99,6 % der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft um KMU¹. Fast 99 % der Unternehmen hatten weniger als 100 Beschäftigte.

Im Zeitvergleich 2008 bis 2012 ist die Anzahl der Unternehmen in beiden Größenklassen um 1,6 % angestiegen.

Die Zahl der Unternehmen mit 5 - 49 Beschäftigten hat sich in diesem Zeitraum um knapp 4 % auf rund 69.600 Unternehmen im Jahr 2012 erhöht.²

Unternehmen 2012

	2012		Veränderung in % zu 2011	Veränderung in % zu 2008
	Absolut	Anteil in %		
0-4 Beschäftigte	181.531	70,6	-1,2	0,7
5-9 Beschäftigte	38.587	15,0	2,1	3,2
10-19 Beschäftigte	19.787	7,7	2,5	4,8
20-49 Beschäftigte	11.204	4,4	2,8	5,0
5-49 Beschäftigte	69.578	27,0	2,3	3,9
50-99 Beschäftigte	3.181	1,2	3,5	2,6
0-99 Beschäftigte	254.290	98,8	-0,2	1,6
100-249 Beschäftigte	1.902	0,7	-0,1	1,8
0-249 Beschäftigte (KMU)	256.192	99,6	-0,2	1,6
250 und mehr Beschäftigte (GU)	1.070	0,4	3,0	-0,1
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	257.262	100,0	-0,2	1,6

Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

¹ Die letzt verfügbaren Daten der Leistungs- und Strukturstatistik der Statistik Austria beziehen sich auf das Jahr 2012.

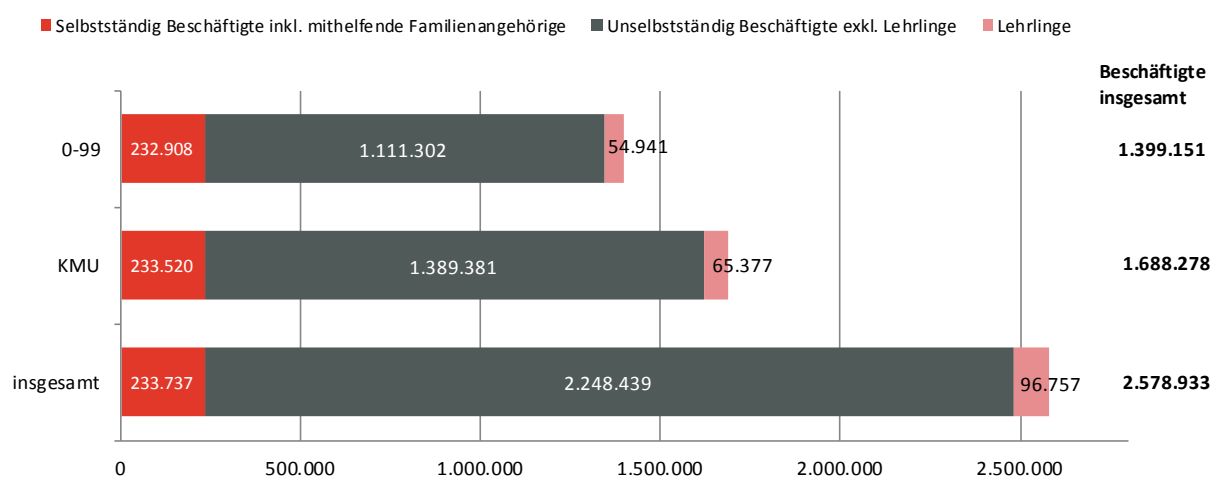
Für weitere Daten siehe: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=356904&DstID=17

² Bundesländerspezifische Daten stehen unter www.wko.at/ zum Download zur Verfügung.

1.2.2 Struktur der Beschäftigten

In der gewerblichen Wirtschaft in Österreich waren im Jahr 2012 knapp 2,6 Mio. Beschäftigte tätig. 1,7 Mio. Personen hatten ihren Arbeitsplatz in einem KMU, 1,4 Mio. in einem Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten. In Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten lag der Anteil der unselbstständigen MitarbeiterInnen an den Beschäftigten insgesamt 2012 bei 79 %. Innerhalb der KMU belief sich dieser auf 82 %. Bei den gesamten Unternehmen handelte es sich bei 87 % der Erwerbstätigen um unselbstständig Beschäftigte. Der Anteil der Selbstständigen sinkt mit der Unternehmensgröße (von 17 % bei Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten auf 9 % bei den Unternehmen insgesamt im Jahr 2012). 4 % der gesamten Beschäftigten aller Größenklassen waren im Jahr 2012 Lehrlinge.

Aufgliederung der Beschäftigten insgesamt in der gewerblichen Wirtschaft, 2012



Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

Die österreichischen KMU beschäftigten im Jahr 2012 fast zwei Drittel der gesamten Erwerbstätigen sowie 62 % der unselbstständigen ArbeitnehmerInnen und bildeten rund 68 % der Lehrlinge der gewerblichen Wirtschaft aus. Den Unternehmen mit weniger als 100 MitarbeiterInnen waren 2012 54 % aller Beschäftigten, knapp die Hälfte der unselbstständig Erwerbstätigen sowie fast 57 % der Lehrlinge zuzurechnen.

Unternehmen mit 5 - 49 Beschäftigten sind in der Lehrlingsausbildung von besonders großer Bedeutung. In dieser Unternehmensgruppe waren 2012 44 % aller Lehrlinge tätig gegenüber 34 % der ArbeitnehmerInnen.

Beschäftigte 2012

	Beschäftigte insgesamt		davon: unselbstständig Beschäftigte		davon: Lehrlinge	
	Absolut	Anteil in %	Absolut	Anteil in %	Absolut	Anteil in %
0-4 Beschäftigte	331.489	12,9	157.498	6,7	3.226	3,3
5-9 Beschäftigte	250.925	9,7	215.635	9,2	10.583	10,9
10-19 Beschäftigte	264.533	10,3	249.115	10,6	14.505	15,0
20-49 Beschäftigte	334.602	13,0	327.802	14,0	17.692	18,3
5-49 Beschäftigte	850.060	33,0	792.552	33,8	42.780	44,2
50-99 Beschäftigte	217.602	8,4	216.193	9,2	8.935	9,2
0-99 Beschäftigte	1.399.151	54,3	1.166.243	49,7	54.941	56,8
100-249 Beschäftigte	289.127	11,2	288.515	12,3	10.436	10,8
0-249 Beschäftigte (KMU)	1.688.278	65,5	1.454.758	62,0	65.377	67,6
250 und mehr Beschäftigte (GU)	890.655	34,5	890.438	38,0	31.380	32,4
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	2.578.933	100,0	2.345.196	100,0	96.757	100,0

Auf Grund des Erfassungsumfanges der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

Zwischen 2008 und 2012 hat sich die Anzahl der Beschäftigten in KMU um 3,0 % (insgesamt) bzw. um 2,5 % (unselbstständige) erhöht. In Unternehmen mit weniger als 100 MitarbeiterInnen fiel der Zuwachs mit 3,2 % (insgesamt) bzw. 2,6 % (unselbstständig) etwas höher aus. Die Anzahl der Lehrlinge war - u. a. in Folge des demographischen Wandels - sowohl in KMU (rund -13 %) als auch in Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten (rund -14 %) rückläufig.

Bei Unternehmen mit 5 - 49 ArbeitnehmerInnen zeigt sich im Zeitraum 2008 bis 2012 eine ähnliche Entwicklung: Einem Wachstum bei den Beschäftigten insgesamt (+4,2 %) und bei unselbstständig Erwerbstätigen (+3,6 %) steht ein Rückgang bei den Lehrlingen (rund -15 %) gegenüber.

Beschäftigte 2012, Veränderung zu 2011 sowie zu 2008 in %

	Veränderung in % zu 2011			Veränderung in % zu 2008		
	Beschäftigte insgesamt	davon: unselbstständig Beschäftigte	davon: Lehrlinge	Beschäftigte insgesamt	davon: unselbstständig Beschäftigte	davon: Lehrlinge
0-4 Beschäftigte	-0,7	-2,7	-11,3	0,9	-2,5	-26,5
5-9 Beschäftigte	2,3	1,4	-4,0	3,3	2,4	-19,7
10-19 Beschäftigte	2,5	2,1	-4,8	4,8	4,1	-15,9
20-49 Beschäftigte	2,9	2,8	-3,1	4,5	4,1	-9,9
5-49 Beschäftigte	2,6	2,2	-3,9	4,2	3,6	-14,6
50-99 Beschäftigte	3,3	3,3	1,9	2,7	2,6	-7,8
0-99 Beschäftigte	1,9	1,7	-3,5	3,2	2,6	-14,4
100-249 Beschäftigte	0,5	0,5	-3,5	2,1	2,1	-4,8
0-249 Beschäftigte (KMU)	1,7	1,5	-3,5	3,0	2,5	-13,0
250 und mehr Beschäftigte (GU)	1,8	1,8	2,7	-0,8	-0,8	4,3
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	1,7	1,6	-1,6	1,7	1,2	-8,0

Auf Grund des Erfassungsumfanges der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

1.2.3 Leistungskennzahlen der österreichischen KMU

Die KMU erzielten im Jahr 2012 Umsätze (netto) in der Höhe von mehr als 406 Mrd. Euro. Dies entspricht etwa 63 % der gesamten Erlöse der gewerblichen Wirtschaft. Auf die Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten entfielen etwa 46 % der Nettoumsätze. Gegenüber 2008 ist es sowohl bei den KMU (rund +11 %) als auch bei den Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten (rund +5 %) zu einem Umsatzwachstum gekommen.

Bei den Unternehmen mit 5 - 49 MitarbeiterInnen sind die Erlöse zwischen 2008 und 2012 um rund 2 % auf rund 163 Mrd. Euro im Jahr 2012 zurückgegangen.

Umsatzerlöse in Mio. Euro 2012

	2012		Veränderung in % zu 2011	Veränderung in % zu 2008
	Absolut	Anteil in %		
0-4 Beschäftigte	56.163	8,7	-4,0	4,5
5-9 Beschäftigte	37.517	5,8	0,6	-3,7
10-19 Beschäftigte	48.992	7,6	-8,4	11,0
20-49 Beschäftigte	76.603	11,8	1,5	-8,2
5-49 Beschäftigte	163.112	25,2	-1,9	-2,1
50-99 Beschäftigte	75.261	11,6	7,7	25,4
0-99 Beschäftigte	294.536	45,5	0,0	5,1
100-249 Beschäftigte	111.485	17,2	8,1	32,5
0-249 Beschäftigte (KMU)	406.021	62,7	2,1	11,4
250 und mehr Beschäftigte (GU)	241.709	37,3	1,5	-5,0
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	647.730	100,0	1,9	4,7

Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ Das hohe Umsatzplus in dieser Größenklasse ist auf die Sparte Handel zurückzuführen.

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten der KMU belief sich im Jahr 2012 auf rund 91,8 Mrd. Euro bzw. auf rund 57 % der Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft in Österreich. Der Anteil der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten belief sich auf rund 43 %. Im Zeitraum 2008 bis 2012 ist die Bruttowertschöpfung bei den KMU und bei den Unternehmen mit weniger als 100 MitarbeiterInnen um jeweils rund 7 % gestiegen.

Bei den Unternehmen mit 5 - 49 Beschäftigten ist es 2012 ebenfalls zu einem Wachstum um rund 7 % gegenüber 2008 gekommen.

Bruttowertschöpfung in Mio. Euro zu Faktorkosten 2012

	2012		Veränderung in % zu 2011	Veränderung in % zu 2008
	Absolut	Anteil in %		
0-4 Beschäftigte	14.415	8,9	2,3	4,6
5-9 Beschäftigte	9.549	5,9	3,3	5,1
10-19 Beschäftigte	12.342	7,7	1,7	8,5
20-49 Beschäftigte	18.915	11,7	1,1	6,3
5-49 Beschäftigte	40.806	25,3	1,8	6,7
50-99 Beschäftigte	14.565	9,0	4,9	9,6
0-99 Beschäftigte	69.785	43,3	2,6	6,8
100-249 Beschäftigte	21.978	13,6	-1,5	6,3
0-249 Beschäftigte (KMU)	91.763	56,9	1,6	6,7
250 und mehr Beschäftigte (GU)	69.547	43,1	0,5	-1,4
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	161.310	100,0	1,1	3,0

Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

Die KMU tätigten 2012 Bruttoinvestitionen von rund 15,4 Mrd. Euro. Dies sind rund 56 % der Bruttoinvestitionen der gesamten gewerblichen Wirtschaft. Rund 40 % der Investitionen waren den Unternehmen mit weniger als 100 MitarbeiterInnen zuzurechnen. Im langfristigen Vergleich (2008 bis 2012) sind sowohl die Bruttoinvestitionen der KMU (rund -17 %) als auch jene der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten (rund -23 %) gesunken.

Die Unternehmen mit 5 - 49 ArbeitnehmerInnen tätigten 2012 um rund 17 % weniger Investitionen als 2008.

Bruttoinvestitionen in Mio. Euro 2012

	2012		Veränderung in % zu 2011	Veränderung in % zu 2008
	Absolut	Anteil in %		
0-4 Beschäftigte	2.696	9,8	-1,0	-41,6
5-9 Beschäftigte	1.079	3,9	-0,2	3,1
10-19 Beschäftigte	1.605	5,8	-6,7	-22,7
20-49 Beschäftigte	2.938	10,6	-9,5	-19,2
5-49 Beschäftigte	5.622	20,3	-7,0	-16,8
50-99 Beschäftigte	2.690	9,7	2,0	-5,5
0-99 Beschäftigte	11.009	39,8	-3,5	-22,6
100-249 Beschäftigte	4.364	15,8	1,2	4,0
0-249 Beschäftigte (KMU)	15.372	55,6	-2,2	-16,6
250 und mehr Beschäftigte (GU)	12.280	44,4	-1,9	-16,4
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	27.652	100,0	-2,1	-16,5

Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

GU = Großunternehmen

Quelle: Statistik Austria

1.2.4 Zusammenfassung zur Entwicklung der KMU im Zeitraum 2008 bis 2012

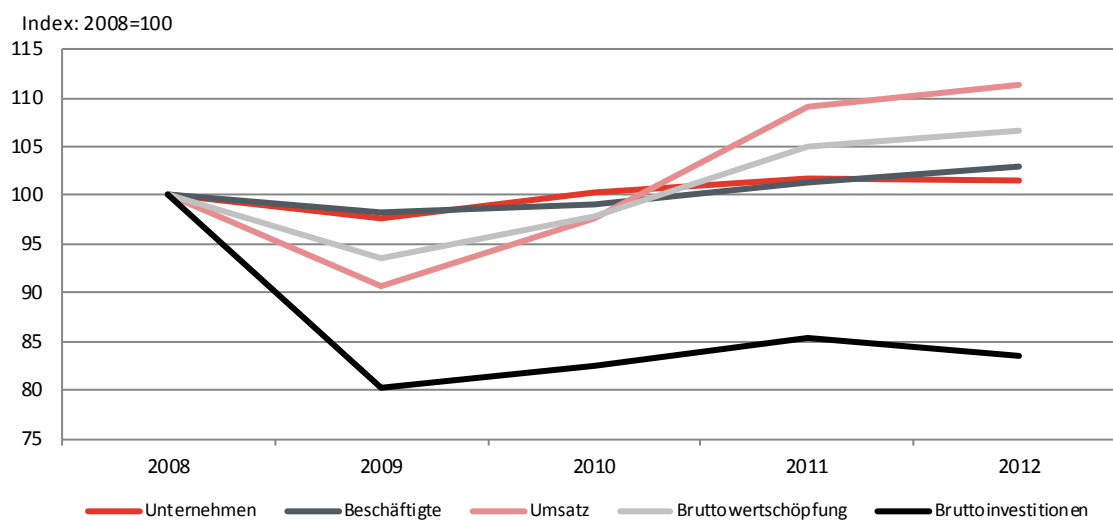
Folgende Grafik zeigt zusammenfassend die Entwicklung der Anzahl der KMU sowie der Beschäftigten, Umsätze, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten und Bruttoinvestitionen zwischen 2008 und 2012.

Im Krisenjahr 2009 war bei allen Indikatoren ein Rückgang gegenüber 2008 zu beobachten, der jedoch unterschiedlich stark ausgefallen ist. Die Anzahl der KMU sowie deren Beschäftigte sind erwartungsgemäß weniger stark zurückgegangen als die Leistungskennzahlen Umsatz, Wertschöpfung und Bruttoinvestitionen.

In den Folgejahren zeigt sich, dass die Anzahl der KMU und der Erwerbstätigen stetig leicht gestiegen. Die Wachstumsraten bei den Umsätzen und der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten fielen deutlicher aus. Die Bruttoinvestitionen der KMU haben 2010 und 2011 zwar leicht zugenommen, konnten jedoch bei Weitem nicht das Vorkrisenniveau von 2008 erreichen. 2012 ist es zudem wieder zu einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr gekommen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Anzahl der KMU sowie deren MitarbeiterInnen, Umsätze und Wertschöpfung 2012 über dem Vorkrisenniveau 2008 lagen. Die Bruttoinvestitionen konnten sich nach dem Rückgang im Krisenjahr 2009 über den gesamten Zeitraum nicht wieder erholen. Dies deutet darauf hin, dass die KMU in diesem Bereich vorsichtig reagieren.

Entwicklung der KMU, 2008 - 2012 (Index: 2008=100)



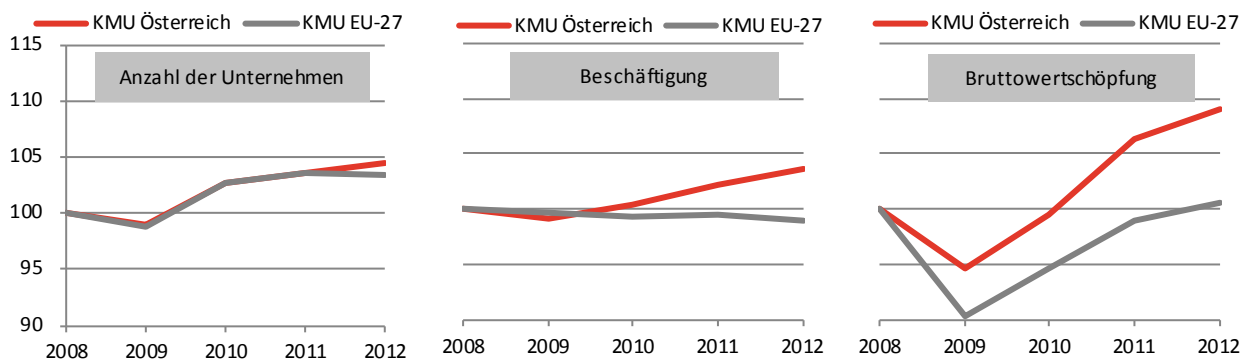
Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

1.3 Entwicklung der österreichischen KMU im internationalen Vergleich

Die österreichischen KMU (inkl. freier Berufe) entwickelten sich in der Vergangenheit besser als die kleinen und mittleren Betriebe im Durchschnitt in den EU-27. Während die KMU der EU-27 bislang den Stand der Beschäftigten sowie auch die Bruttowertschöpfung des Vorkrisenniveaus (2008) nicht bzw. erst knapp wieder erreichen konnten, lagen die jeweiligen Werte für die österreichischen KMU 2012 bereits wieder (zum Teil deutlich) über dem Niveau von 2008.

Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung, Bruttowertschöpfung von KMU in Österreich und den EU-27, 2008 - 2012



Der angeführte Index beruht auf der Datenbasis des „Annual Report on European SMEs 2013/2014“ der Europäischen Kommission und bezieht sich auf Daten der marktorientierten Wirtschaft (ÖNACE Abschnitte B-N) ohne Abschnitt K, welche nicht direkt mit den Auswertungen nach Kammersystematik im vorliegenden Bericht vergleichbar sind. Im Gegensatz zu den Daten nach Kammersystematik sind etwa auch die freien Berufe inkludiert.

2012: Schätzwert

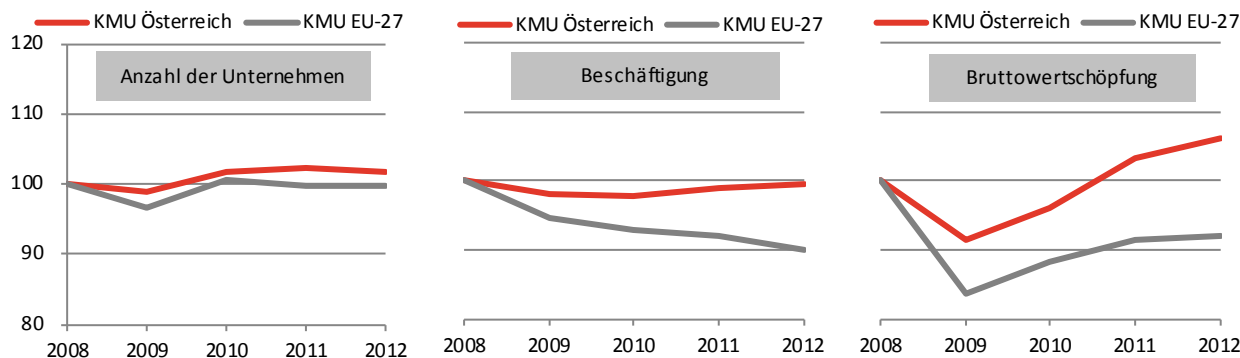
Index: 2008=100

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

Quelle: Eurostat, DIWecon, DIW, London Economics, Annual Report on European SMEs

Betrachtet man die Entwicklung der KMU (2008-2012) nach Wirtschaftsbereichen wird deutlich, dass sich insbesondere die österreichischen KMU in der Produktion wesentlich besser entwickeln konnten als die KMU im Durchschnitt der EU-27.

Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung, Bruttowertschöpfung von KMU in der Produktion¹ in Österreich und den EU-27, 2008 - 2012



¹ Abschnitte B - F der ÖNACE 2008

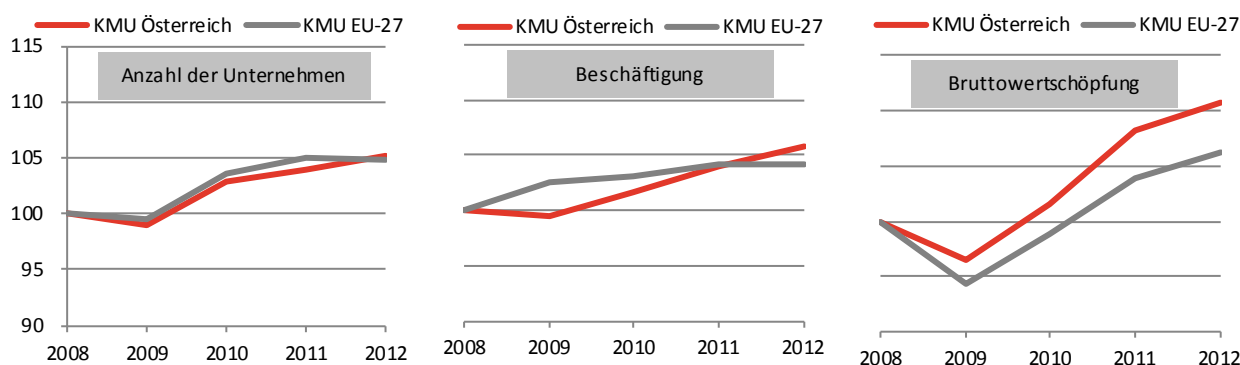
Der angeführte Index beruht auf der Datenbasis des „Annual Report on European SMEs 2013/2014“ der Europäischen Kommission und bezieht sich auf Daten der marktorientierten Wirtschaft (ÖNACE Abschnitte B-N) ohne Abschnitt K, welche nicht direkt mit den Auswertungen nach Kammersystematik im vorliegenden Bericht vergleichbar sind. Im Gegensatz zu den Daten nach Kammersystematik sind etwa auch die freien Berufe inkludiert.

2012: Schätzwert; Index: 2008=100; KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

Quelle: Eurostat, DIWecon, DIW, London Economics, Annual Report on European SMEs

Die KMU im Dienstleistungsbereich wurden insgesamt weniger stark von der Krise getroffen als die KMU in der Produktion, die Entwicklung verlief nach Rückgängen im Jahr 2009 wieder dynamischer. Auch im Dienstleistungsbereich konnten sich die österreichischen KMU zwischen 2008 und 2012 insgesamt etwas besser entwickeln als im EU-27-Durchschnitt.

Entwicklung der Anzahl der Unternehmen, Beschäftigung, Bruttowertschöpfung von KMU im Dienstleistungsbereich¹ in Österreich und den EU-27, 2008 - 2012



¹ Abschnitte G - N, ohne Abschnitt K der ÖNACE 2008

Der angeführte Index beruht auf der Datenbasis des „Annual Report on European SMEs 2013/2014“ der Europäischen Kommission und bezieht sich auf Daten der marktorientierten Wirtschaft (ÖNACE Abschnitte B-N) ohne Abschnitt K, welche nicht direkt mit den Auswertungen nach Kammersystematik im vorliegenden Bericht vergleichbar sind. Im Gegensatz zu den Daten nach Kammersystematik sind etwa auch die freien Berufe inkludiert.

2012: Schätzwert; Index: 2008=100; KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

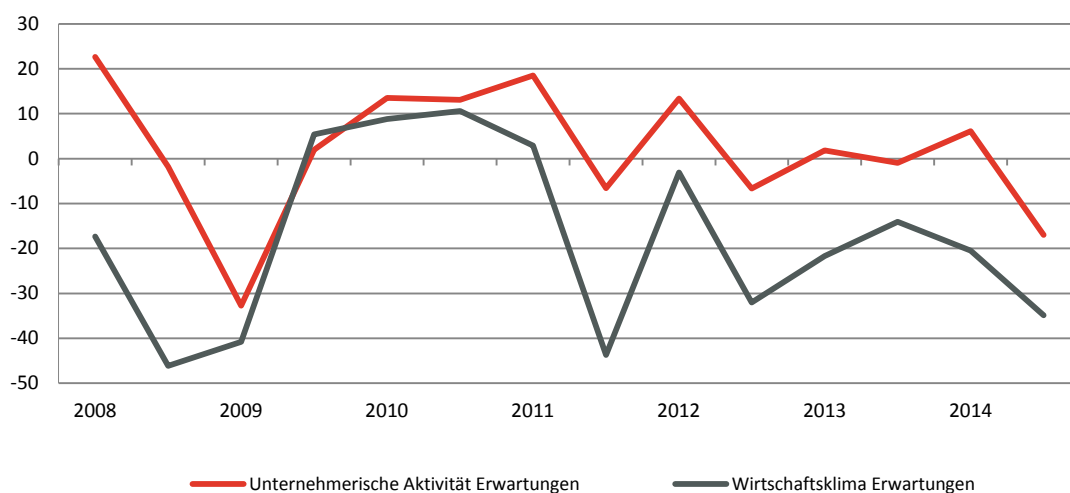
Quelle: Eurostat, DIWecon, DIW, London Economics, Annual Report on European SMEs

1.4 Einschätzungen der österreichischen KMU zur konjunkturellen Situation

Im Rahmen des Wirtschaftsbarometers der WKO werden die österreichischen Unternehmen halbjährlich zu ihren Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage befragt. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Befragung unter österreichischen KMU im Herbst 2014 dargestellt.

Der Trendindikator des Wirtschaftsbarometers für KMU, der die bisherige Lage und die Erwartungen, zusammenfasst, liegt im Herbst 2014 - erstmals seit Herbst 2009 - deutlich im negativen Bereich. Sowohl bei der Einschätzung der Entwicklung der vergangenen 12 Monate als auch bei den Erwartungen für die kommenden 12 Monate überwiegen die KMU mit einer negativen Beurteilung gegenüber jenen mit einer positiven Beurteilung.

Trendindikator KMU¹, Herbst 2014 (Saldo aus positiven und negativen Antworten)

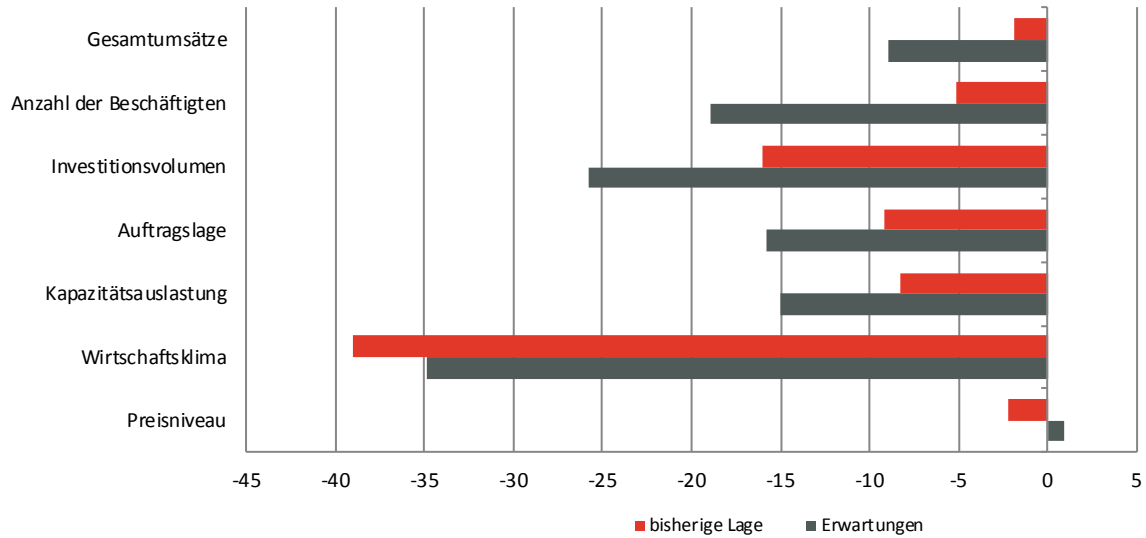


¹ exkl. Ein-Personen-Unternehmen

Unternehmerische Aktivitäten: Durchschnitt der Erwartungen der Indikatoren Gesamtumsätze, Auftragslage und Investitionen
Quelle: WKO Wirtschaftsbarometer, Herbst 2014

Die Erwartungen der KMU zu Umsätzen, Auftragslage und Investitionen liegen im Minusbereich und erreichen die niedrigsten Werte seit 2009. Die Geschäftstätigkeit folgt damit dem Trend des anhaltend negativen Wirtschaftsklimas. Dieses fasst die Einschätzung der KMU zum Umfeld und den Rahmenbedingungen zusammen und gilt als Anhaltspunkt für die vorherrschende Unsicherheit. Dadurch ist das Wirtschaftsklima ein Stimmungsindikator und reagiert in der Regel mit höheren Ausschlägen als die unternehmensbezogenen Indikatoren

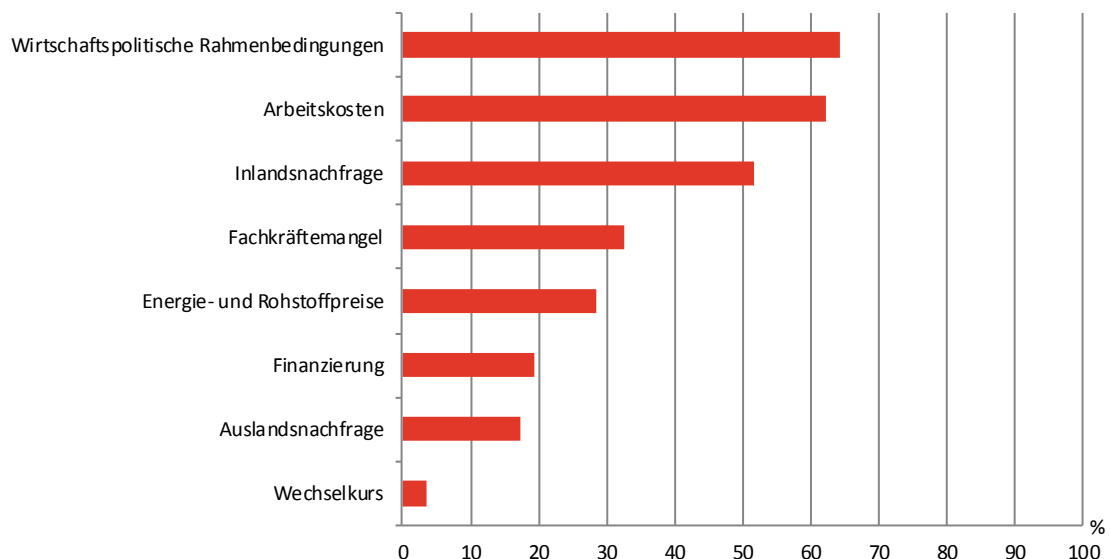
Gegenüberstellung von Einschätzung der bisherigen Lage der vergangenen 12 Monate und Erwartungen für die kommenden 12 Monate, KMU¹, Herbst 2014 (Saldo aus positiven und negativen Antworten)



¹ exkl. Ein-Personen-Unternehmen
Quelle: WKO Wirtschaftsbarometer, Herbst 2014

Die größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens sehen die befragten UnternehmerInnen für das Jahr 2015 im Bereich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie der Arbeitskosten. Mehr als 60 % der KMU führen dies an.

Größte Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens in den kommenden 12 Monaten aus Sicht der UnternehmerInnen, Anteile der KMU¹ in Prozent, Herbst 2014



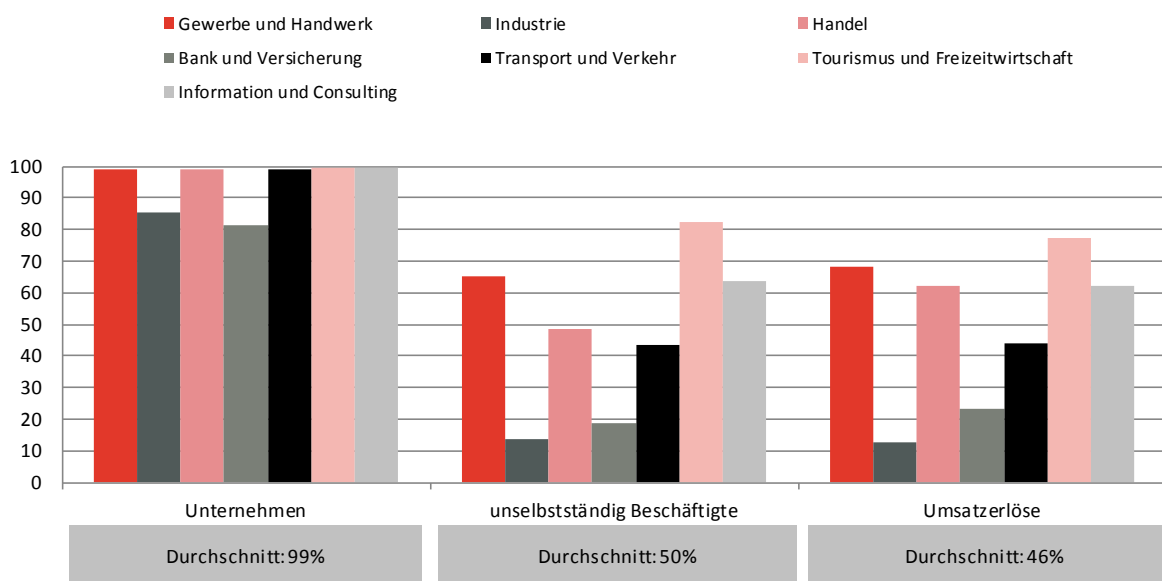
¹ exkl. Ein-Personen-Unternehmen
Quelle: WKO Wirtschaftsbarometer, Herbst 2014

1.5 Struktur des KMU-Sektors mit weniger als 100 Beschäftigten in Österreich

Die österreichische Wirtschaft wird von Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten dominiert. In den meisten Sparten der gewerblichen Wirtschaft- mit Ausnahme der Industrie sowie der Banken und Versicherungen - waren 2012 knapp 99 % und mehr Unternehmen dieser Größenklasse zuzurechnen.

Der Anteil der Beschäftigten und des Umsatzes von Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten an allen Unternehmen war im Tourismus und der Freizeitwirtschaft am höchsten. Im Gewerbe und Handwerk, in der Sparte Information und Consulting und im Handel sind diese Unternehmen ebenfalls von großer Bedeutung.

Anteil der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten sowie deren Beschäftigten und Umsatz in der jeweiligen Sparte in Prozent 2012



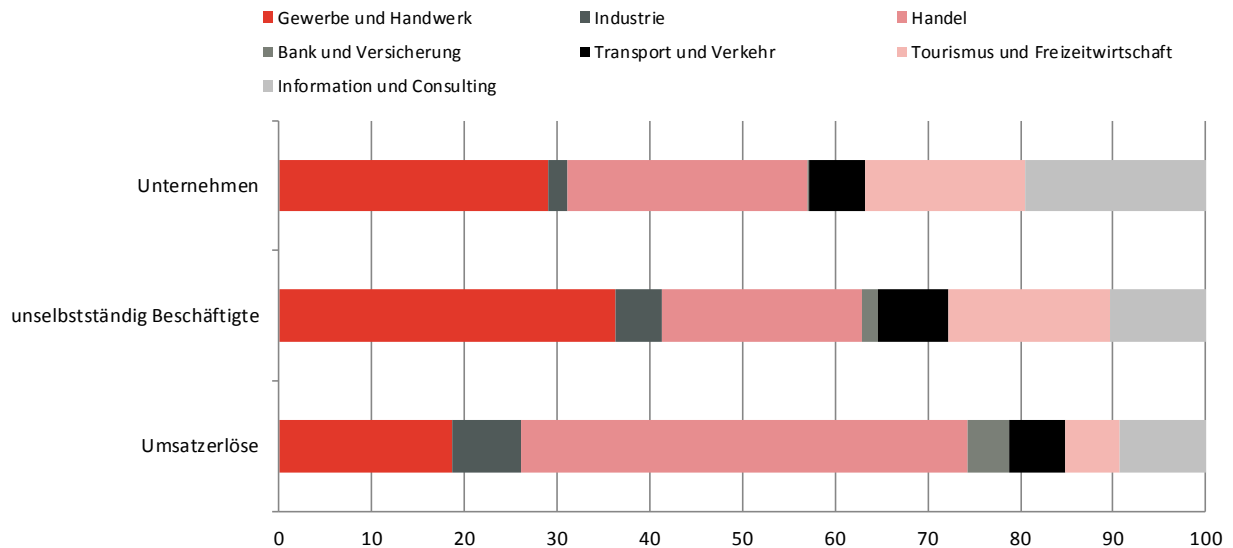
Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Durchschnitt = Durchschnitt der Gewerblichen Wirtschaft

Quelle: Statistik Austria

Das Gewerbe und Handwerk und der Handel sind (sowohl bei den Unternehmen mit weniger als 100 MitarbeiterInnen als auch bei den KMU insgesamt) die größten Sparten innerhalb der gewerblichen Wirtschaft. Dem Gewerbe und Handwerk sind die meisten Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten (2012: rund 73.900) und die meisten Beschäftigten (2011: rund 422.800 unselbstständig Beschäftigte) zuzurechnen. Der Handel ist die umsatzstärkste Sparte (2012: rund 141,9 Mrd. Euro).

Verteilung der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten nach Sparten in Prozent 2012

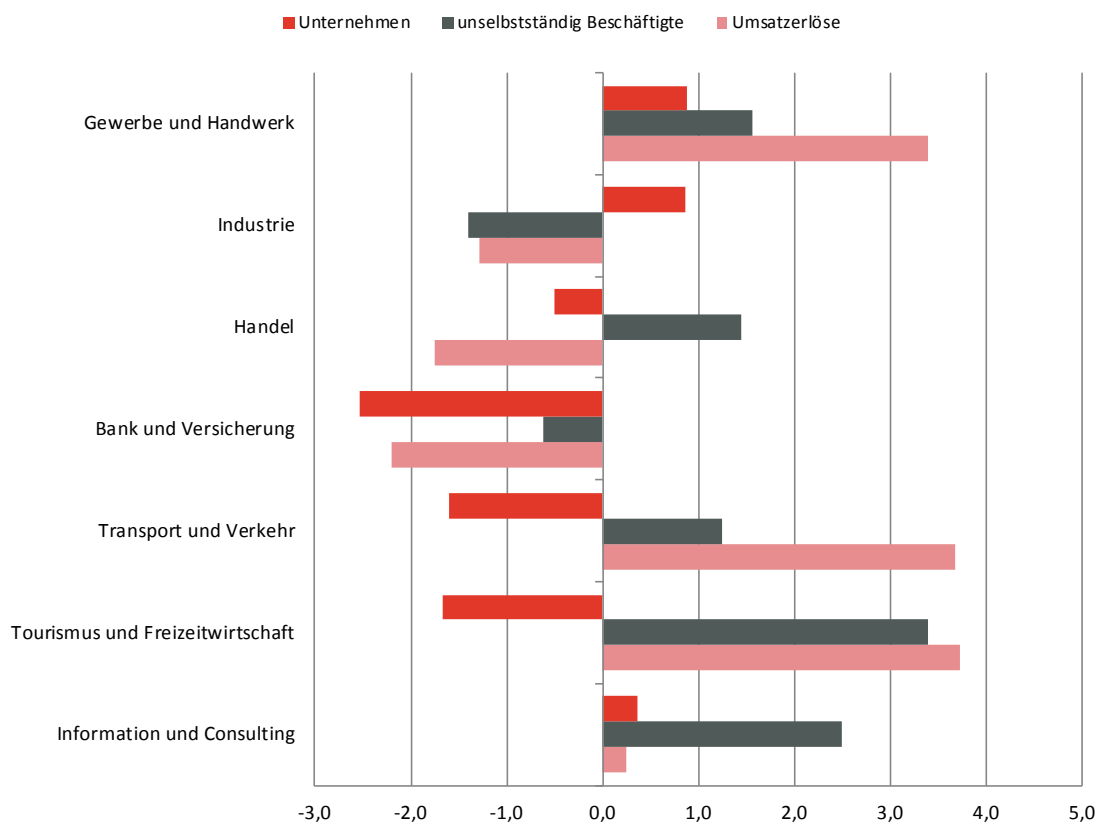


Auf Grund des Erfassungsumfangs der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

Quelle: Statistik Austria

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich 2012 die Anzahl der Unternehmen mit weniger als 100 MitarbeiterInnen, deren unselbstständig Beschäftigte und Umsätze in den Sparten Gewerbe und Handwerk sowie Information und Consulting positiv entwickelt. In den Sparten Transport und Verkehr sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft sind die Anzahl der ArbeitnehmerInnen und die Umsätze gestiegen, während die Anzahl der Unternehmen zurückgegangen ist. Im Handel waren die Anzahl der Unternehmen der Unternehmen mit 0 - 99 Beschäftigten und deren Umsätze im Zeitraum 2011 bis 2012 rückläufig. Die Anzahl der MitarbeiterInnen hat in dieser Sparte demgegenüber zugenommen.

Entwicklung der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten nach Sparten 2012, Veränderung zu 2011 in Prozent



Auf Grund des Erfassungsumfanges der Leistungs- und Strukturstatistik (ÖNACE B-N, S95) kann es zu Untererfassungen einzelner Sparten/Fachverbände in der Auswertung nach der Kammersystematik kommen. Dies betrifft in der Auswertung nach Sparten insbesondere die Bereiche Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Gewerbe und Handwerk.

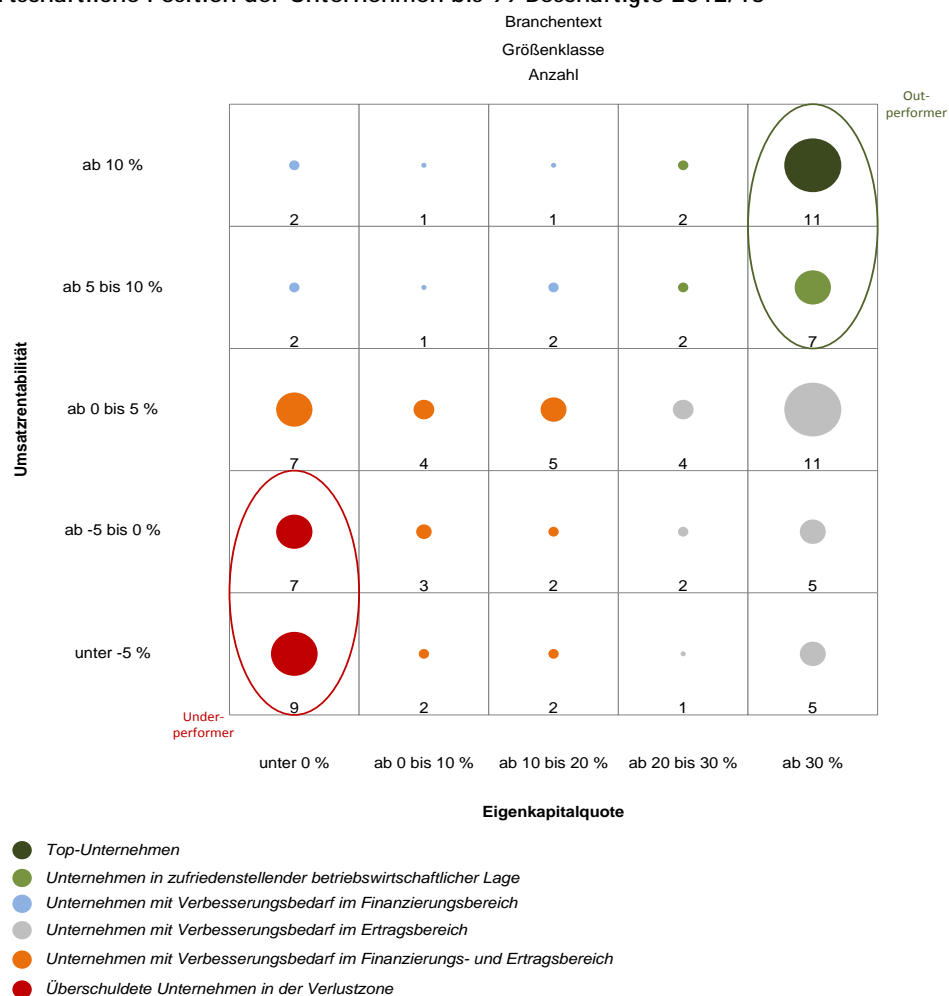
Quelle: Statistik Austria

1.6 Betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen KMU

In den vorangegangenen Kapiteln wurde die Pluralität der österreichischen KMU aufgezeigt. Die Analyse der betriebswirtschaftlichen Situation der KMU³ ist gleichsam von hoher Heterogenität geprägt. „Outperformer“ mit mehr als 30 % Eigenkapitalquote und einer Umsatzrentabilität (Gewinn vor Steuern in % des Umsatzes) von über 5 % stehen „Underperformern“ (Unternehmen, die buch-mäßig überschuldet sind und keinen Gewinn erwirtschaften) gegenüber. 18 % der KMU mit weniger als 100 Beschäftigten können im Bilanzjahr 2012/13 den Outperformern und 16 % den Underperformern zugerechnet werden.

Vor diesem Hintergrund wird nun (falls nicht anders angeführt) die betriebswirtschaftliche Situation der KMU mit weniger als 100 Beschäftigten anhand einiger aussagekräftiger Kennzahlen näher erläutert werden.

Betriebswirtschaftliche Position der Unternehmen bis 99 Beschäftigte 2012/13

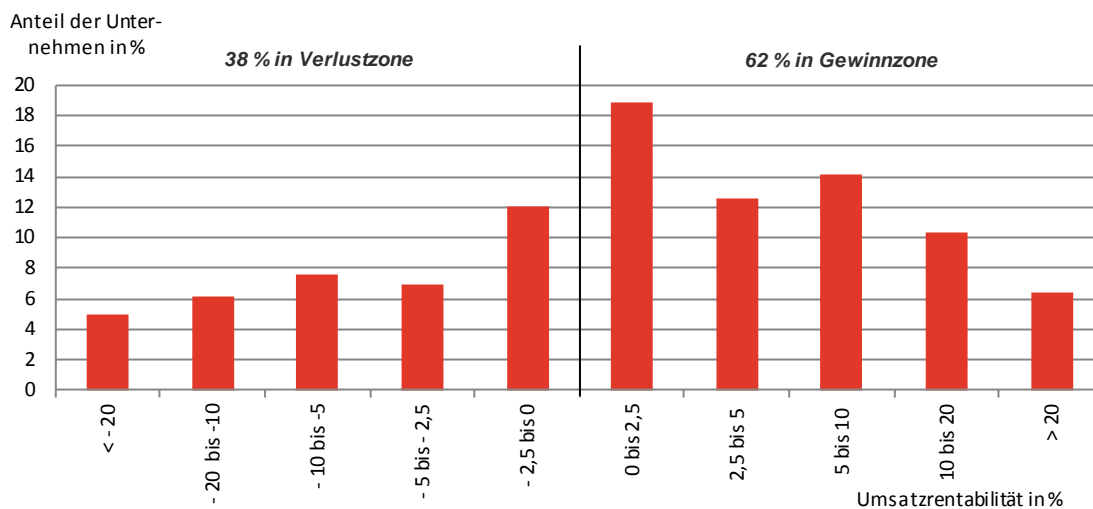


Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

³ Die vorliegende Analyse beruht auf etwa 69.400 Jahresabschlüssen von bilanzierenden Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (ohne Sparte Bank und Versicherung) mit weniger als 100 Beschäftigten.

Wie in den Vorjahren erzielten 62 % der KMU im Bilanzjahr 2012/13 ein positives Betriebsergebnis⁴. Rund 6 % der KMU gelang es auch 2012/13 eine positive Umsatzrentabilität (Umsatz in % des Gewinnes) von über 20 % zu erzielen. Diesen erfolgreichen Betrieben stehen in etwa 5 % der Unternehmen gegenüber, die Verluste von mehr als 20 % des Umsatzes hinnehmen mussten.

Anteil der Unternehmen bis 99 Beschäftigte nach Umsatzrentabilität 2012/13



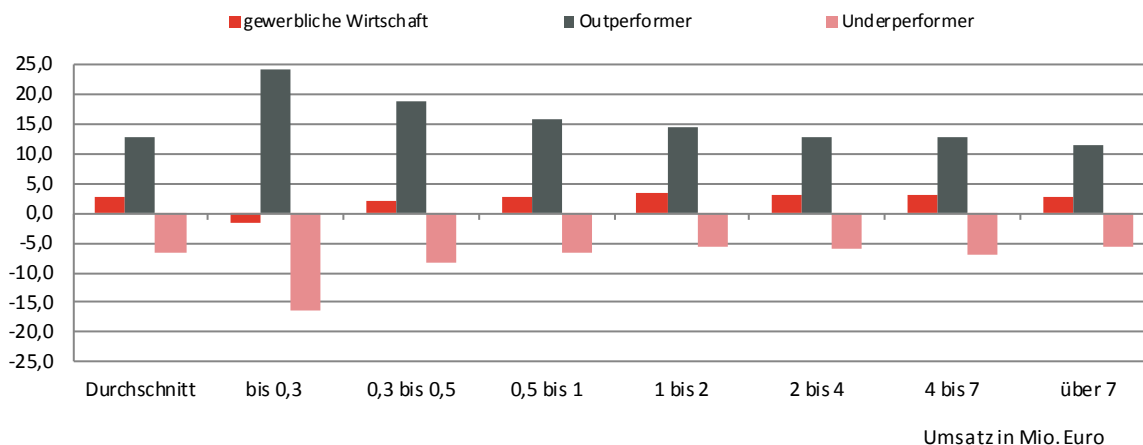
Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in % der Betriebsleistung

Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Im Durchschnitt lag die Umsatzrentabilität der KMU mit weniger als 100 Beschäftigten im Bilanzjahr 2012/13 bei 2,9 %. Deutliche Unterschiede bei der Rentabilität zeigen sich hinsichtlich der Umsatzgrößenklassen, aber auch bei dem Vergleich der Out- und Underperformer. Während die Outperformer insgesamt eine durchschnittliche Rentabilität von 13 % erwirtschaften, liegt diese bei den Underperformern im Durchschnitt bei -7 % - und damit deutlich unter der Gewinnschwelle.

Umsatzrentabilität der Unternehmen bis 99 Beschäftigte nach Umsatzgröße 2012/13



Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in % der Betriebsleistung

Outperformer: Eigenkapitalquote > 30 % und Umsatzrentabilität > 5 %

Underperformer: Eigenkapitalquote < 0 % und Umsatzrentabilität < 0 %

Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

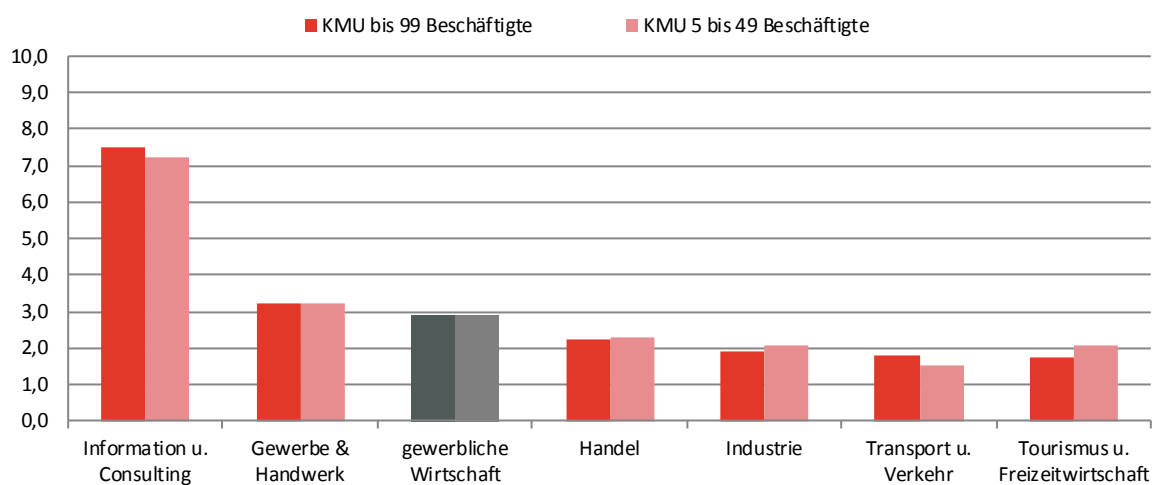
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

⁴ Um die Vergleichbarkeit mit Kapitalgesellschaften, bei denen die Personalaufwendungen ein Geschäftsführerentgelt beinhalten, herzustellen, wird bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften für das Basisjahr 2012/13 ein kalkulatorischer Unternehmerlohn in der Höhe von 32.505 Euro angesetzt. Dieser orientiert sich an den Kollektivverträgen mehrerer Sektoren.

Gegliedert nach Sparten zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede in der Ertragsituation der KMU. In der Sparte Information und Consulting weisen die KMU mit weniger als 100 Beschäftigten die höchste Umsatzrentabilität von im Durchschnitt 7,5 % auf. Deutlich niedrigere Umsatzrenditen wurden in den Sparten Transport und Verkehr sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft (jeweils 1,8 %) erzielt.

Die Betrachtung der Unternehmensgruppe 5 bis unter 50 Beschäftigte im Vergleich mit der Unternehmensgruppe „weniger als 100 Beschäftigte“ zeigt wie im Vorjahr nur geringe Unterschiede bei der durchschnittlichen Umsatzrentabilität. Der höchste Unterschied nach Sparten ergibt sich bei Transport und Verkehr sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft (Differenz jeweils: 0,3 Prozentpunkte).

Umsatzrentabilität der KMU nach Sparte 2012/13



Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in % der Betriebsleistung

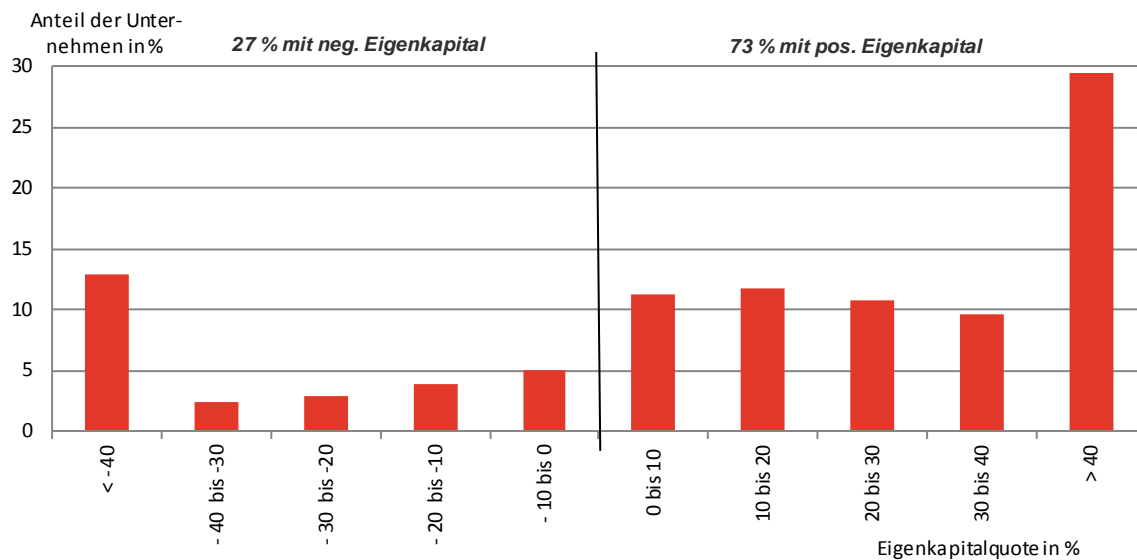
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Für das langfristige Bestehen eines Unternehmens ist, neben einem positiven Betriebsergebnis, vor allem eine solide Eigenkapitalausstattung erforderlich. Überschuldete Unternehmen sind in ihrer Existenz gefährdet, wenn nicht zusätzlich Sicherheiten aus dem Privatvermögen/von Dritten für die Finanzierung herangezogen werden (können).

Im Bilanzjahr 2012/13 verfügten 73 % der österreichischen KMU mit weniger als 100 Beschäftigten über ein positives Eigenkapital. Auf der anderen Seite gibt es 27 % der Unternehmen, die über kein positives Eigenkapital verfügen - sie sind überschuldet. Bei 13 % der Betriebe übersteigen die Schulden das Vermögen sogar um mehr als 40 %, während bei 29 % die Eigenkapitalquote bei über 40 % liegt.

Anteil der Unternehmen bis 99 Beschäftigte nach Eigenkapitalquote 2012/13



Eigenkapitalquote = Eigenkapital in % des Gesamtkapitals

Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

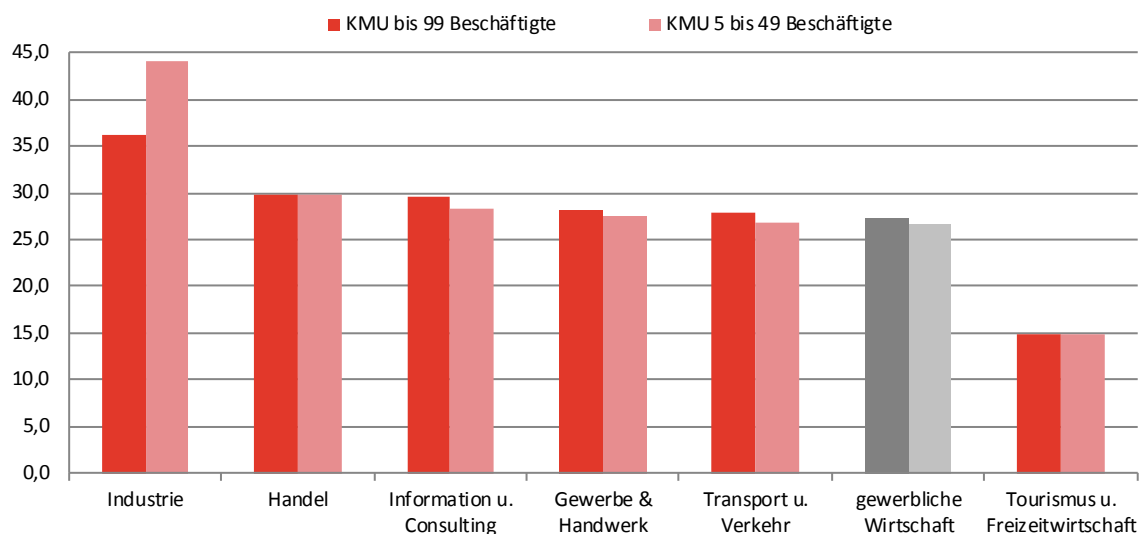
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sollte die Eigenkapitalquote zumindest 30 % betragen, denn je höher der Eigenkapitalanteil ist, desto kreditwürdiger ist das Unternehmen. Die KMU der gewerblichen Wirtschaft mit weniger als 100 Beschäftigten verfügen im Bilanzjahr 2012/13 im Durchschnitt über 28 % Eigenkapital.

Die Industriebetriebe schneiden bei der Eigenkapitalquote überdurchschnittlich gut ab: bei den Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten liegt die durchschnittliche Eigenmittelausstattung bei 36 %. Die anderen Sparten erzielen Eigenkapitalquoten von 28 % (Transport und Verkehr) bis 30 % (Handel). Mit im Durchschnitt 15 % Eigenkapital weisen die Tourismusunternehmen die geringste Eigenkapitalquote aller Sparten auf.

Bei der Eigenkapitalquote zeigen sich ähnlich wie bei der Rentabilität kaum Unterschiede hinsichtlich der Unternehmen mit 5 bis unter 50 Beschäftigten. In der Sparte Industrie weisen diese kleineren Unternehmen eine durchschnittlich höhere Eigenkapitalquote auf.

Eigenkapitalquote der KMU nach Sparte 2012/13



Eigenkapitalquote = Eigenkapital in % des Gesamtkapitals
 Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Banken sind in Österreich wesentliche Kapitalgeber der KMU mit weniger als 100 Beschäftigten. Im Bilanzjahr 2012/13 betragen die Bankverbindlichkeiten im Durchschnitt 33 % des Kapitals. Deutlich geringer sind die Bankverbindlichkeiten bei Outperformern (15 %), diese Betriebe verfügen im Durchschnitt über 56 % Eigenkapital. Underperformer weisen ein negatives Eigenkapital von in etwa 32 % auf. Über 70 % des Kapitals wird bei diesen Unternehmen von Banken zur Verfügung gestellt.

Kapitalstruktur der Unternehmen bis 99 Beschäftigte 2012/13

	gewerbliche Wirtschaft	Outperformer	Underperformer
Eigenkapital	27,2	55,9	-32,3
Sozialkapital	2,6	2,6	1,9
Bankverbindlichkeiten	32,8	15,0	71,0
Erhaltene Anzahlungen	3,5	1,7	4,2
Lieferverbindlichkeiten	10,8	6,2	15,5
Sonstiges Fremdkapital	22,9	18,3	39,5
Passive Rechnungsabgrenzung	0,3	0,2	0,2

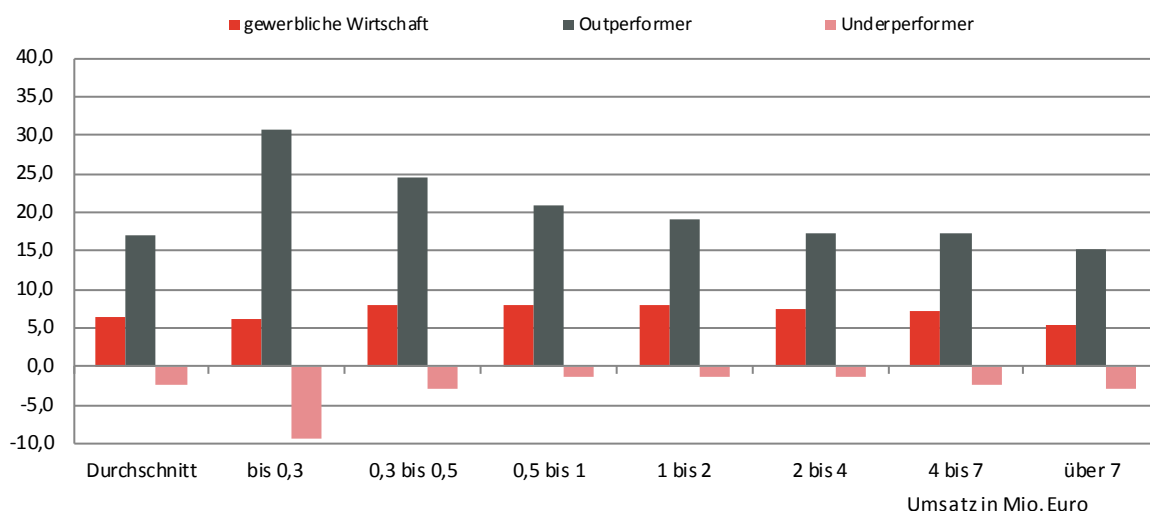
Outperformer: Eigenkapitalquote > 30 % und Umsatzrentabilität > 5 %
 Underperformer: Eigenkapitalquote < 0 % und Umsatzrentabilität < 0 %
 Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Der Cash flow - als Kennzahl für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens - beträgt im Bilanzjahr 2012/13 bei den Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten im Durchschnitt 7 % des Umsatzes. Die Outperformer weisen einen durchschnittlichen Cash flow von 17 % aus, während der Cash flow bei den Underperformern im Durchschnitt negativ ausfällt.

Für Underperformer ist somit, neben den bereits teilweise ausgeschöpften Möglichkeiten der Fremdfinanzierung, auch die Finanzierung aus dem Cash flow nur selten eine Option. Auf Grund des im Durchschnitt negativen Cash flows (-2 % des Umsatzes), ist es zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendig, zusätzliche externe Mittel zuzuführen.

Allgemein gilt: Der Cash flow stellt die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens dar. Investitionen, Schuldentilgung, aber auch Gewinnentnahmen können mit diesem Betrag getätigt werden.

Cash flow der Unternehmen bis 99 Beschäftigte nach Umsatzgröße 2012/13

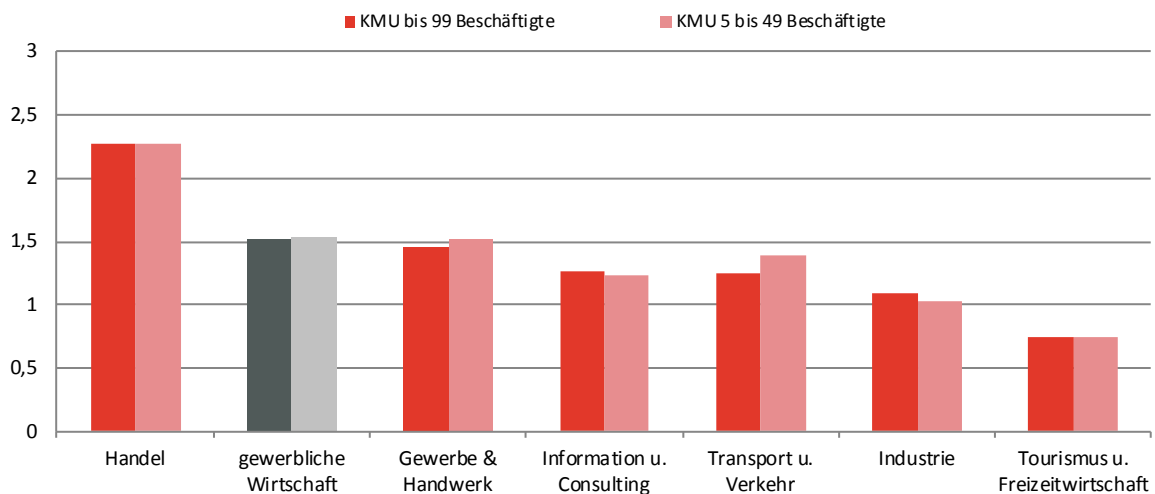


Outperformer: Eigenkapitalquote > 30 % und Umsatzrentabilität > 5 %
 Underperformer: Eigenkapitalquote < 0 % und Umsatzrentabilität < 0 %
 Cash flow = Korrr. Cash flow in % der Betriebsleistung
 Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die Kennzahl „Kapitalumschlag“ dient unter anderem zur Überprüfung der Effizienz des eingesetzten Kapitals. Ein hoher Kapitalumschlag schafft die Voraussetzung, dass mit vergleichsweise niedrigem Kapitaleinsatz entsprechend hohe Renditen erwirtschaftet werden können. Der damit verbundene rasche Kapitalrückfluss wirkt sich zudem günstig auf die Liquidität eines Betriebes aus.

Im Durchschnitt liegt der Kapitalumschlag bei den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft mit weniger als 100 Beschäftigten bei etwa 1,5. Der Handel weist den höchsten Kapitalumschlag im Spartenvergleich mit 2,3 aus. Das bedeutet, dass die Unternehmen des Handels mit jedem im Vermögen gebundenen Euro 2,3 an Betriebsleistung erwirtschaften (Kapitalumschlag).

Kapitalumschlag der KMU nach Sparte, 2012/13



Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital

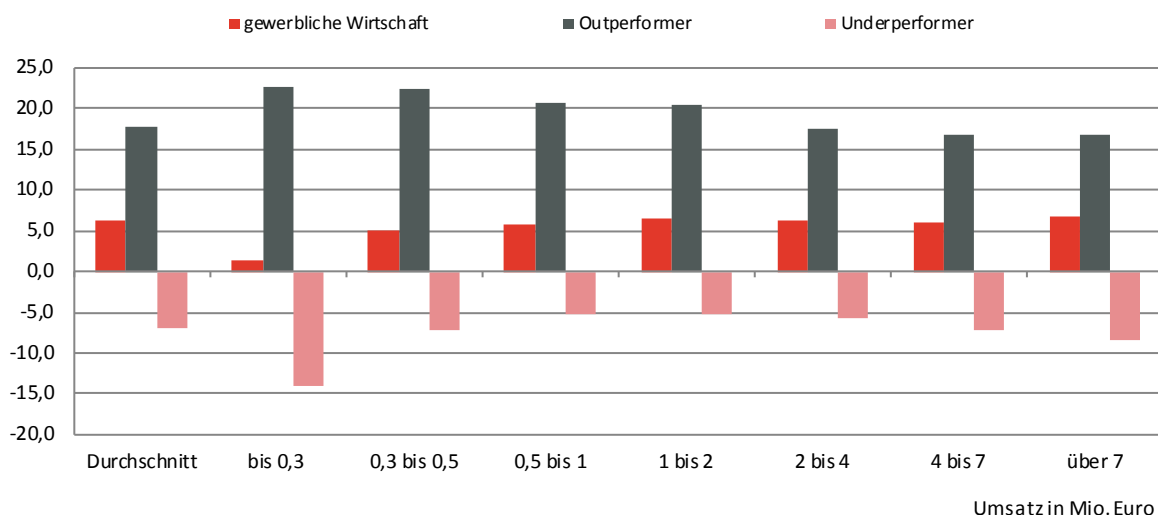
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die Gesamtkapitalrentabilität vor Finanzierungsergebnis gibt an, ob der Einsatz des Fremdkapitals sinnvoll war. Diese Kennzahl wird auch „Return on Investment“ (ROI) genannt. Als Richtwert hinsichtlich des Werts der Gesamtkapitalrentabilität kann ein vergleichbarer Zinssatz für das Fremdkapital herangezogen werden.

Der ROI beträgt im Bilanzjahr 2012/13 bei den österreichischen Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten im Durchschnitt 6,3 %. Die Outperformer haben durchschnittlich eine Gesamtkapitalrentabilität von 17,8 %. Bei den Underperformern ist die Gesamtkapitalrentabilität im Durchschnitt negativ (-7,0 %). Insgesamt steigt der ROI mit zunehmender Betriebsgröße (gemessen am Jahresumsatz) an.

Gesamtkapitalrentabilität (vor Finanzierungskosten) der KMU nach Sparte, 2012/13



Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals

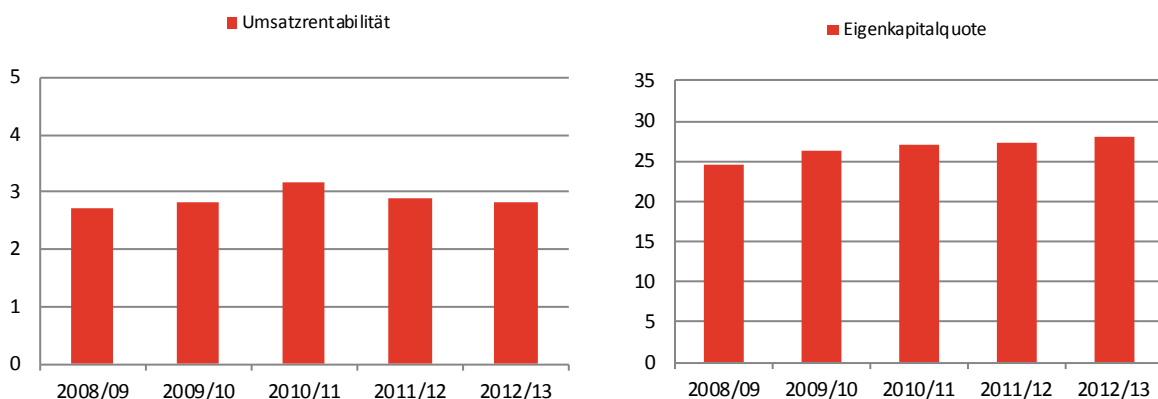
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Wie hat sich die betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen KMU in den letzten Jahren verändert?

Die Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten erwirtschafteten im Zeitverlauf relativ stabile Erträge. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Prozent der Betriebsleistung betrug im Betrachtungszeitraum durchschnittlich zwischen 2,7 % und 3,2 %. Im Zeitablauf konnten die Unternehmen außerdem Ihre Eigenmittelausstattung verbessern. Die Eigenkapitalquote lag im Jahr 2008/09 bei den Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten durchschnittlich bei 25 % und ist bis zum Jahr 2012/13 auf 28 % angestiegen.

Entwicklung der Umsatzrentabilität und Eigenkapitalquote der Unternehmen bis 99 Beschäftige 2008/09 bis 2012/13

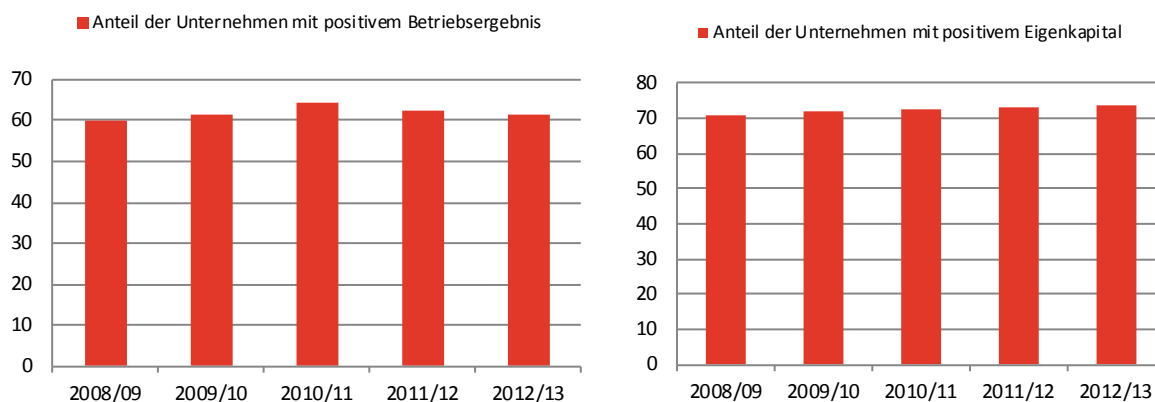


Kohortenauswertung: Nur jene Unternehmen werden berücksichtigt, für die Bilanzen für alle Jahre vorliegen
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Der Anteil der Unternehmen mit positivem Betriebsergebnis lag in den letzten Jahren immer bei 60 % bzw. 2010/11 bei etwa 64 %. Dem gegenüber stehen etwa 40 % der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten, die in der betrachteten Periode kein positives Betriebsergebnis erwirtschaften konnten.

Im betrachteten Zeitraum 2008/09 bis 2012/13 lag der Anteil der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten an allen Unternehmen mit positivem Eigenkapital jeweils über 70 %. Das heißt, dass knapp 30 % der Betriebe ein negatives Eigenkapital ausweisen mussten.

Anteil der Unternehmen mit positivem Betriebsergebnis sowie Anteil der Unternehmen mit positivem Eigenkapital (Unternehmen bis 99 Beschäftigte) 2008/09 bis 2012/13



Kohortenauswertung: Nur jene Unternehmen werden berücksichtigt, für die Bilanzen für alle Jahre vorliegen

Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

1.7 Betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen EPU (E/A-Rechner)

In der folgenden betriebswirtschaftlichen Analyse werden jene Ein-Personen-Unternehmen (EPU), für die Einnahmen-/Ausgabenrechnungen für das Kalenderjahr 2012 vorliegen, betrachtet. Sämtliche Auswertungen erfolgen, ebenso wie bei der Entwicklung der (bilanzierenden) KMU, für die gewerbliche Wirtschaft ohne Berücksichtigung der Sparte Bank und Versicherungen. Eine direkte Vergleichsmöglichkeit mit dem vorangehenden Kapitel ist aber auf Grund der unterschiedlichen Datengrundlage (Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung vs. Einnahmen-/Ausgabenrechnungen) nicht möglich.

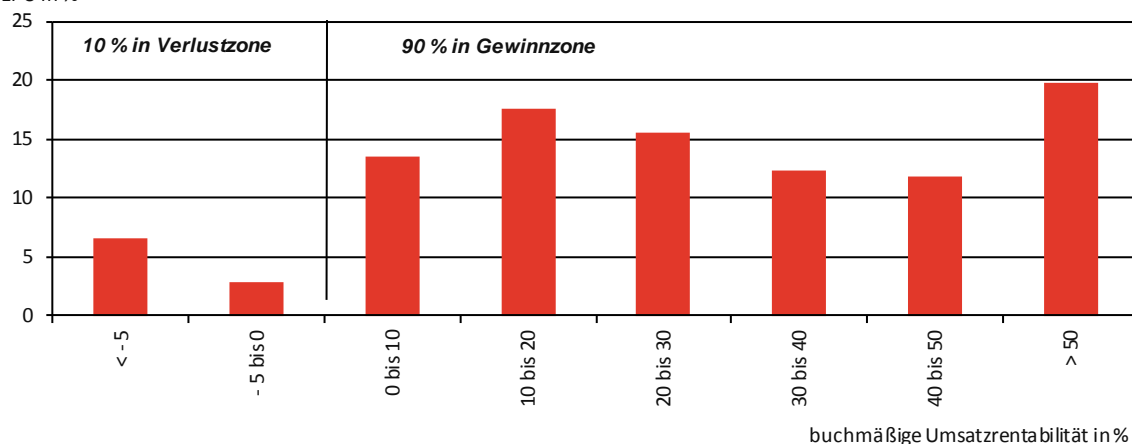
Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung ist das vereinfachte Buchführungssystem, bei dem alle laufenden Einnahmen, Vorschüsse und geldwerten Güter erfasst werden. Zur Ermittlung des Ergebnisses werden prinzipiell die tatsächlichen Betriebseinnahmen den tatsächlichen Betriebsausgaben - nach dem Zeitpunkt der Bezahlung (Zufluss-Abfluss-Prinzip) - eines Kalenderjahres gegenüber gestellt.

Auf Basis der ausgewerteten Einnahmen-/Ausgabenrechnungen von österreichischen EPU wird nachfolgend die Ertragssituation anhand der Umsatzrentabilität und des Cash flows dargestellt.

Insgesamt erzielten 90 % der österreichischen EPU mit Einnahmen-/Ausgabenrechnung im Jahr 2012 Gewinne, während 10 % der Betriebe Verluste hinnehmen mussten. 20 % der österreichischen EPU konnten sogar eine buchmäßige Umsatzrentabilität von über 50 % erzielen.

Anteil der EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) nach buchmäßiger Umsatzrentabilität 2012

Anteil der EPU in %



Buchmäßige Rentabilität = buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg / Einnahmen * 100

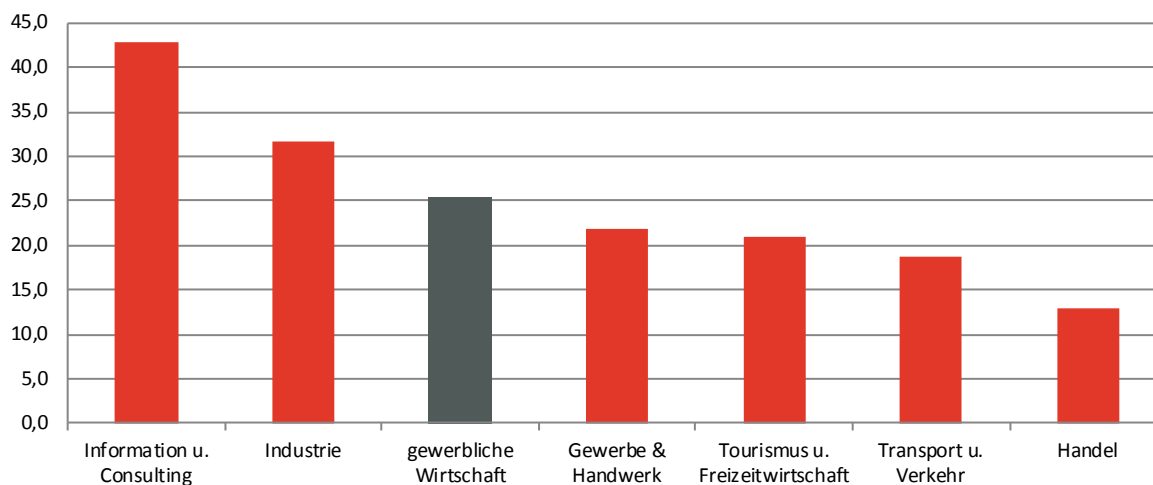
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die buchmäßige Umsatzrentabilität der Einnahmen-/Ausgabenrechner der gewerblichen Wirtschaft beträgt im Jahr 2012 im Durchschnitt 25 %, das entspricht einem durchschnittlichen Ergebnis vor Unternehmerlohn in der Höhe von rund Euro 26.900,-.

Die Betrachtung nach Sparten zeigt, dass die buchmäßige Umsatzrentabilität im Durchschnitt bei 13 % im Handel liegt und bis zu durchschnittlich 43 % bei den Ein-Personen-Unternehmen der Sparte Information und Consulting beträgt.

Buchmäßige Umsatzrentabilität der EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) nach Sparte 2012



Buchmäßige Rentabilität = buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg / Einnahmen * 100

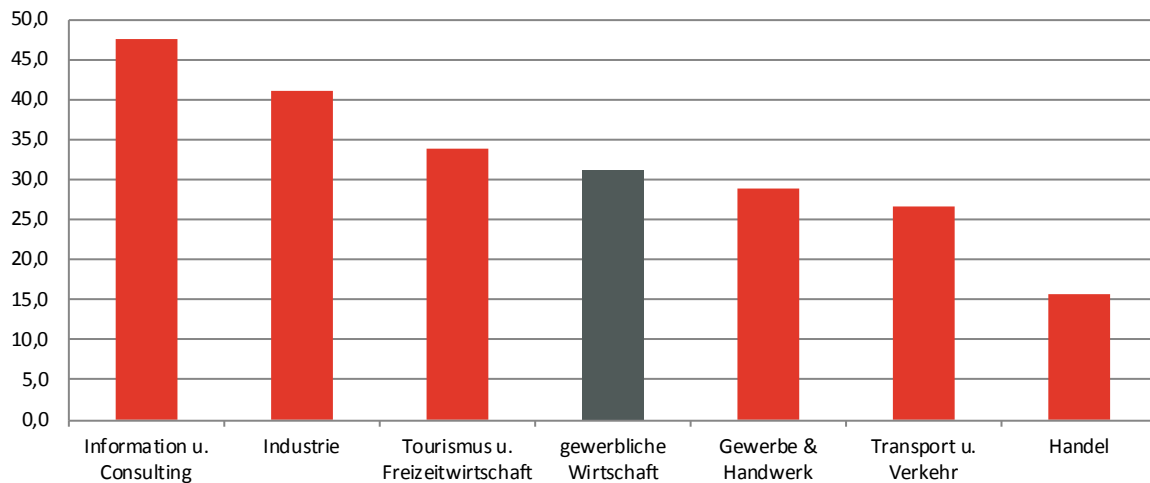
Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die österreichischen EPU mit Einnahmen-/Ausgabenrechnung im Jahr 2012 weisen einen Cash flow (vor Unternehmerlohn) von 31 % aus.

Differenziert nach Sparten schneiden jene EPU der Sparte Information und Consulting ebenso beim durchschnittlichen Cash flow mit 48 % am besten ab. Am Ende der Rangreihe liegt der Handel mit einem Cash flow von im Durchschnitt 16 % vor Unternehmerlohn.

Buchmäßiger Cash flow der EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) nach Sparte 2012



Buchmäßiger Cash flow in Prozent der Einnahmen = $(\text{Ergebnis nach Finanzerfolg} + \text{Abschreibungen} + \text{kalk. Unternehmerlohn}) / \text{Einnahmen} * 100$

Anmerkung: Gewerbliche Wirtschaft exkl. Banken und Versicherungen

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

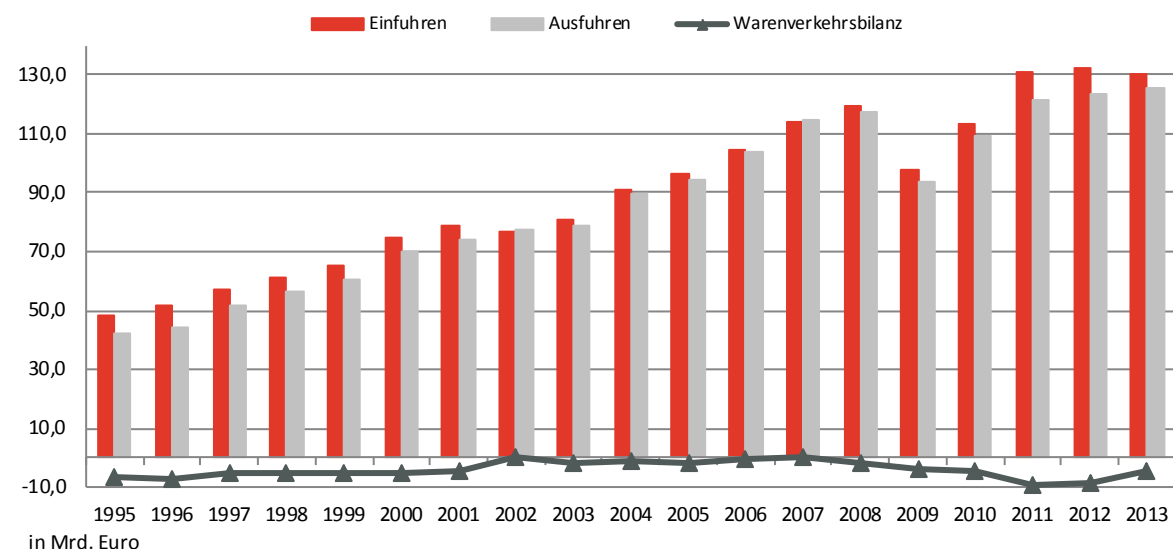
1.8 KMU und Internationalisierung

1.8.1 Eckdaten zum österreichischen Außenhandel

Der Außenhandel stellt für Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor und Konjunkturmotor dar. Seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 haben sich die Import- und Exportchancen weiter erhöht und die österreichische Wirtschaft hat einen weit verzweigten, hoch differenzierten Außenhandel entwickelt. Die Exportquote (=Waren- und Dienstleistungsexporte gemessen am BIP) ist seit 1995 von rund 35 % auf rund 57 % (2013) gestiegen und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 (2013: rund 45 %). Auch die Importquote hat im gleichen Zeitraum stark zugenommen - von rund 36 % auf rund 53 % (2013 EU-28: 42 %). (Quelle: Statistik Austria)

Betrachtet man ausschließlich den Außenhandel mit Waren, so stieg das nominelle Ausfuhrvolumen (Warenexporte) von rund 42 Mrd. Euro (1995) auf rund 125 Mrd. Euro. Damit sind die Warenexporte in diesem Zeitraum auch deutlich stärker als das österreichische BIP gewachsen. Die Einfuhren (Warenimporte) stiegen von rund 49 Mrd. Euro auf rund 130 Mrd. Euro. Die österreichische Warenverkehrsbilanz war über den Beobachtungszeitraum (1995-2013) zumeist negativ. Das heißt, die wertmäßigen Warenimporte übertrafen die Warenexporte. Eine Ausnahme stellen die Jahre 2002 und 2007 dar, in denen geringfügig mehr Waren exportiert als importiert wurden. (Quelle: Statistik Austria)

Nomineller Außenhandel mit Waren 1995 - 2013



Warenverkehrsbilanz: Ausfuhren abzüglich Einfuhren
2013: vorläufige Ergebnisse
Quelle: Statistik Austria

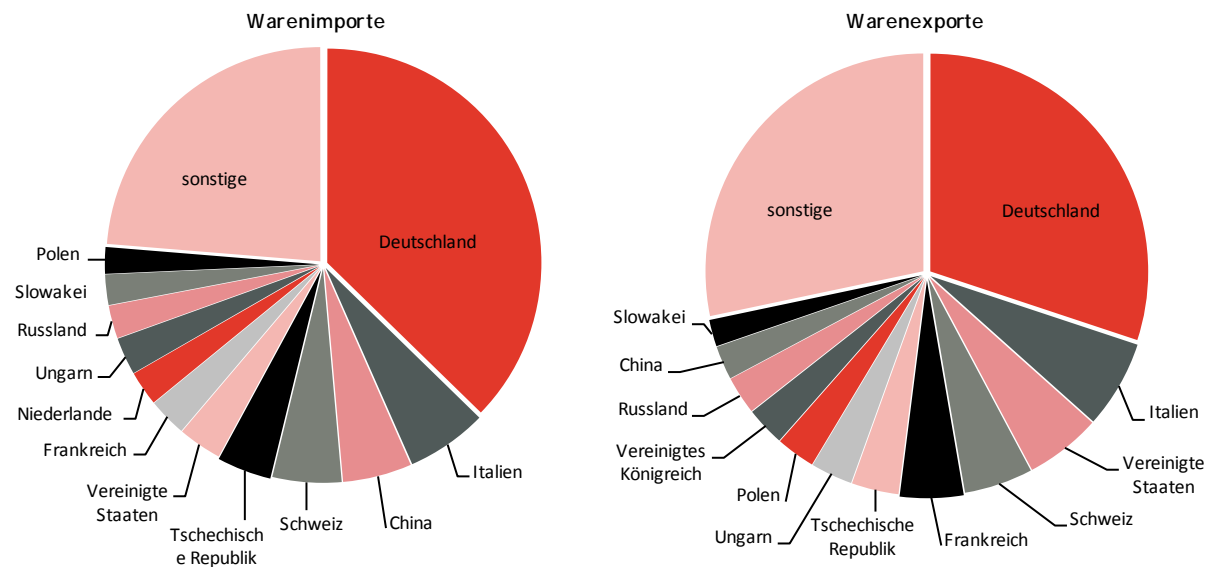
Bezieht man nicht nur den Warenhandel, sondern auch Dienstleistungsexporte und -importe in die Betrachtung mit ein, so ergibt sich ein positiver Saldo. Insgesamt weist die österreichische Leistungsbilanz⁵ seit dem Jahr 2002 jährlichen einen Überschuss auf. (Quelle: OeNB)

⁵ Die Leistungsbilanz untergliedert sich in Güter, Dienstleistungen, Einkommen, Laufende Transfers und Vermögensübertragungen.

Hinsichtlich der Branchenverteilung zeigt sich eine starke Konzentration der außenhandelstreibenden Unternehmen: 44 % der Warenimporte und 72 % der Warenexporte entfallen auf die Industrie, wobei innerhalb der Industrie vor allem die Bereiche Maschinenbau, Metallerzeugung und -bearbeitung sowie die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen bedeutsam sind. Insgesamt 47 % der Einfuhren und 21 % der Ausfuhren entfallen auf den Bereich Handel, davon der überwiegende Teil auf den Großhandel.

Der weitaus wichtigste Handelspartner für Österreich ist Deutschland - rund 37 % aller nominellen Importe kommen aus Deutschland und 30 % aller Warenexporte gehen an unser deutsches Nachbarland. Insgesamt rund 70 % der Warenein- und -ausfuhren sind auf Länder der EU-28 zurückzuführen. Wobei den osteuropäischen Ländern mit 18 % aller Einfuhren sowie 21 % der Ausfuhren ebenfalls ein zentraler Stellenwert zukommt.

Die wichtigsten Handelspartner Österreichs 2013*



*vorläufige Ergebnisse
Quelle: Statistik Austria

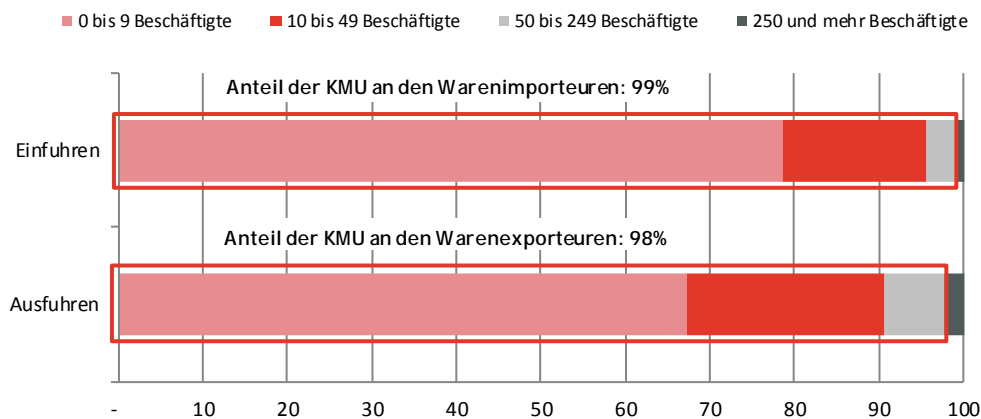
Zu den (wertmäßig) wichtigsten österreichischen Exportprodukten gehören Kessel, Maschinen, mechanische Geräte, elektrische Maschinen, elektrotechnische Waren sowie Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder und Fahrräder, pharmazeutische Erzeugnisse, Kunststoffe und Kunststoffwaren sowie Eisen- und Stahl.

1.8.2 Bedeutung der KMU im österreichischen Außenhandel

Vorweg ist zu beachten, dass KMU nicht nur in ihrer Rolle als direkte Importeure und Exporteure von Bedeutung sind, sondern auch wichtige Bereiche in der Wertschöpfungskette - etwa als Zulieferbetriebe - einnehmen.

Insgesamt zählen 99 % aller Warenimporteure und 98 % der Warenexporteure zu den kleinen und mittleren Betrieben.

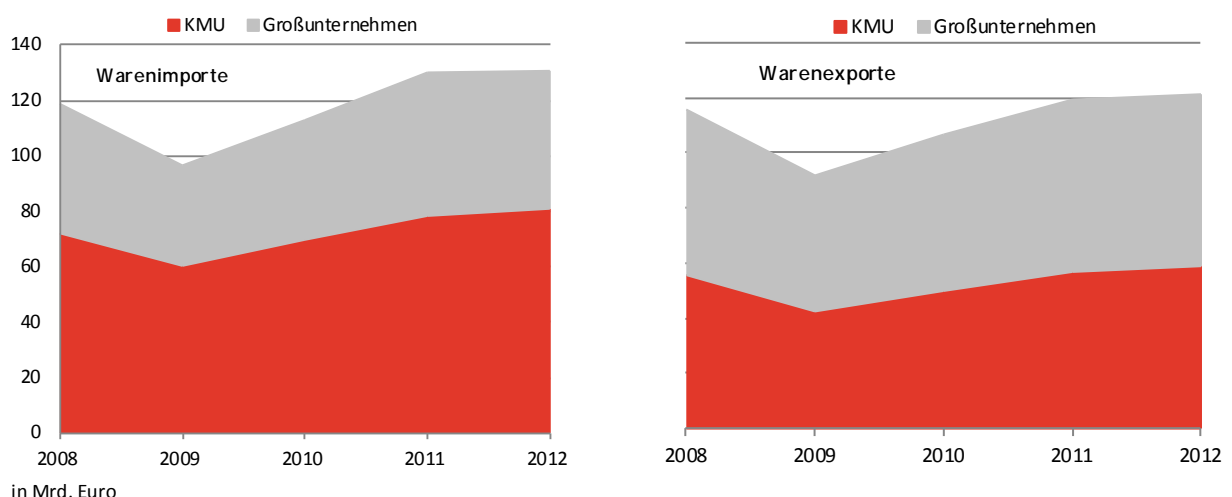
Aufgliederung der Unternehmen mit Einfuhren bzw. Ausfuhren nach Größenklassen, 2012



Quelle: Statistik Austria

KMU sind für rund 60 % der Warenimporte und knapp die Hälfte der Warenexporte verantwortlich. Im Beobachtungszeitraum 2008 - 2012 stieg das Importvolumen österreichischer Unternehmen um rund 10 % und das Exportvolumen um rund 5 %. Die jeweiligen Wachstumsraten für KMU lagen mit 12 % bzw. 6 % darüber.

Außenhandel 2008 - 2012



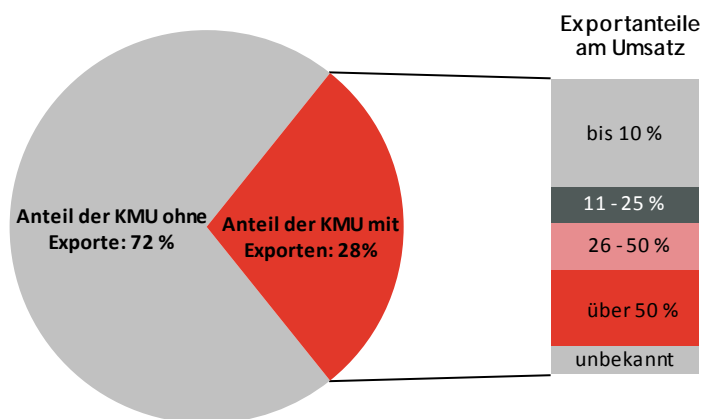
Quelle: Statistik Austria

KMU sind damit im Vergleich zu ihrer relativen Bedeutung (KMU-Anteil an den Umsätzen von über 60 %) bei den Warenexporten unterrepräsentiert. Wie eingangs erwähnt spielen sie jedoch auch eine wichtige Rolle im Zulieferbereich.

Große Bedeutung kommt KMU im Handel zu, wo sie für 81 % der wertmäßigen Warenimporte und 89 % der wertmäßigen Warenexporte verantwortlich sind. Auch in einigen Industriebereichen sind KMU überdurchschnittlich relevant - so z.B. in der Getränkeherstellung (92 % der Warenexporte), der Herstellung von Textilien (69 %) oder der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (59 %).

Betrachtet man sowohl Waren- als auch Dienstleistungsexporte, so zählten 2013 rund 28 % der KMU zu den Exporteuren. Der Exportanteil lag bei einem Großteil (10 %) bei maximal 10 % des Umsatzes, wobei auch 7 % der KMU mehr als die Hälfte ihres Umsatzes mit Exporttätigkeiten erzielten.⁶

Exportanteile KMU 2013



Quelle: KMU Forschung Austria

Insgesamt wurde damit ein Anteil von 10 % der Umsatzerlöse aller KMU (nicht nur der Exporteure) mit Exporten erzielt. Zu den wichtigsten Exportbranchen zählen die Industrie, wo rund ein Fünftel aller Umsätze der KMU auf Exporte zurückgeht, die Sparte Information und Kommunikation mit einem Export-Umsatzanteil von rund 15 %, der Handel mit rund 10 % sowie das Gewerbe mit rund 7 %. (Quelle: KMU Forschung Austria, Konjunkturerhebung, Sonderauswertung)

Im internationalen Vergleich wird deutlich, dass die österreichischen KMU im Durchschnitt besser in den europäischen Binnenmarkt integriert sind als im EU-Durchschnitt. Rund 59 % der österreichischen KMU im verarbeitenden Gewerbe importierten Waren aus anderen EU-Ländern (EU-Durchschnitt: 17 %) und 27 % der KMU im verarbeitenden Gewerbe Österreichs exportierten in den Binnenmarkt (EU-Durchschnitt: 14 %). (Quelle: Europäische Kommission, SBA-Datenblatt 2014, Daten beziehen sich auf das Jahr 2011)

1.8.3 Barrieren und förderliche Faktoren für die Internationalisierung von KMU

KMU sind auf Grund ihrer strukturellen Gegebenheiten bei Auslandsaktivitäten vor spezifische Herausforderungen gestellt. Durch ihre Größe verfügen sie über geringere Ressourcen - etwa in Hinblick auf Personal bzw. Management, oder Finanzierung. Zudem können sie häufig auf keine entsprechenden Erfahrungen im Bereich der Auslandsaktivitäten zurückgreifen. Internationalisierungsbarrieren können grob in „interne“ und „externe“ Barrieren“ untergliedert werden. „Interne Barrieren“ betreffen die Charakteristika des Unternehmens - Faktoren wie Größe, Branche, Produkt, Kapitalintensität sowie verfügbare Ressourcen haben etwa Einfluss darauf, ob Auslandsaktivitäten durchgeführt werden (können). „Externe Barrieren“ sind demgegenüber im unternehmerischen Umfeld begründet. Studien deuten darauf hin, dass die internen Barrieren bedeutsamer sind, wobei ein enger Zusammenhang besteht: je umfangreicher die unternehmensinternen Ressourcen, umso eher können auch externe Barrieren überwunden werden.

⁶ Daten basieren auf der Sonderauswertung einer im Rahmen der Studie „Familienunternehmen in Österreich, Status quo 2013“ im Auftrag der WKO 2013 durchgeführten Befragung unter österreichischen Unternehmen.

Zu den wichtigsten **internen Barrieren** zählt der Preis des eigenen Produkts bzw. der eigenen Dienstleistung. Dieser ist jedoch auch vom Preisniveau am Heimatmarkt abhängig und wird vom Produktivitätslevel des Unternehmens beeinflusst. Eine weitere zentrale interne Barriere sind die hohen Kosten bzw. auch der administrative Aufwand der Internationalisierung. Umso kleiner das Unternehmen, desto seltener stehen ausreichend zeitliche und personelle Ressourcen für die Planung und Abwicklung von Außenhandelsaktivitäten zur Verfügung. Fehlende Erfahrung, Kenntnisse, Zeit und Kompetenzen der Fach- und Führungskräfte in Hinblick auf die Internationalisierung stellen ein weiteres zentrales Hemmnis dar. Managementengpässe können etwa zu Problemen bei der strategischen Planung und Steuerung von Internationalisierung führen. Wenn die nötigen Zeitressourcen für eine umfassende Informationssammlung fehlen, können die Chancen und Risiken des eigenen Unternehmens im Ausland nicht ausreichend erkannt und kalkuliert werden. Eine vergleichsweise weniger große interne Barriere stellen fehlende Fremdsprachenkenntnisse dar.⁷

Zu den wichtigsten wahrgenommenen **externen Barrieren** zählen fehlendes Kapital bzw. unzureichende Finanzierungsmöglichkeiten – insbesondere von Kleinstunternehmen und von KMU, die in den Anfangsphasen ihrer Internationalisierung stehen, wird diese Barriere verstärkt wahrgenommen. Finanzierungsengpässe entstehen vor allem durch das im Vergleich zu Inlandsgeschäften schwerer abzuschätzende Risiko (neben dem wirtschaftlichen Risiko kommen politische oder teilweise Währungsrisiken hinzu) mit dem sich dann auch höhere Ausfallrisiken und eine schlechtere Kreditverfügbarkeit ergeben. Eine weitere zentrale externe Barriere ist der Mangel an adäquaten Informationen. Der Informationsmangel betrifft etwa unzureichende Kenntnisse der ausländischen Märkte und der lokalen Nachfrage, oder die unterschiedlichen institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Weitere Herausforderungen, die in Zusammenhang mit dem Informationsmangel stehen, sind die Schwierigkeit, ausländische Kunden zu kontaktieren, Zugang zu informellen Netzwerken zu finden, eine passende Vertretung sowie passende ausländische Geschäftspartner oder Vertriebskanäle zu finden. Zu weiteren externen Hemmnissen gehören der Mangel an öffentlicher Unterstützung sowie (administrative) Kosten für Transport, Zölle oder andere Handelsbarrieren im Ausland. Als vergleichsweise geringere externe Barrieren werden kulturelle Unterschiede inkl. unterschiedlicher Geschäftskulturen gesehen.⁸

Die **Größenstruktur der KMU**, welche zu spezifischen Hemmnissen bei Auslandsaktivitäten führt, kann jedoch auch zum **Vorteil** für die Unternehmen werden. So können KMU etwa bei der Auftragsannahme und Durchführung der Fertigung flexibler und individueller auf Kundenwünsche reagieren als dies bei Großunternehmen der Fall ist. KMU punkten zudem häufig durch ihr spezifisches Know-how, das es ihnen ermöglicht, auch in Nischenmärkten konkurrenzfähig zu sein. Förderlich kann sich zudem die weniger bürokratische und zentrale Managementstruktur von KMU auswirken.⁹

Eine sorgfältig geplante Strategie gehört zu den wichtigsten **Erfolgsfaktoren** der Internationalisierung. Zu den zentralen quantitativen Erfolgsfaktoren zählen in erster Linie die Verfügbarkeit finanzieller Mittel bzw. eine ausreichend hohe Eigenkapitalausstattung sowie auch Faktoren wie Produktivität und Innovativität. Die wichtigsten qualitativen Erfolgsfaktoren umfassen Qualität, Marktkenntnisse, technisches Know-How, Qualifizierung der MitarbeiterInnen oder die Flexibilität der Organisation.¹⁰

⁷ Quellen: Europäische Kommission (2010): *Internationalisation of European SMEs*
OECD (2009): *Top Barriers and Drivers to SME Internationalisation. Report by the OECD Working Party on SMEs and Entrepreneurship.*

Geyer, G. / Uriep, A. (2012): *Strategien der Internationalisierung von KMU. HWWI policy paper, No. 65.*

⁸ Quellen: Europäische Kommission (2010): *Internationalisation of European SMEs*
OECD (2009): *Top Barriers and Drivers to SME Internationalisation. Report by the OECD Working Party on SMEs and Entrepreneurship.*

Geyer, G. / Uriep, A. (2012): *Strategien der Internationalisierung von KMU. HWWI policy paper, No. 65.*

⁹ Quelle: Geyer, G. / Uriep, A. (2012): *Strategien der Internationalisierung von KMU. HWWI policy paper, No. 65.*

¹⁰ Quelle: Geyer, G. / Uriep, A. (2012): *Strategien der Internationalisierung von KMU. HWWI policy paper, No. 65.*

Über die vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass es für KMU durch das Internet und die Möglichkeit von E-Commerce einfacher wurde einige Internationalisierungsbarrieren zu überwinden. Die verstärkte Förderung von E-Commerce wird daher von Expertenseite auch zur Förderung von Internationalisierung empfohlen.¹¹

Das wichtigste nationale Programm zur Förderung der Internationalisierung von KMU in Österreich ist die **Internationalisierungsoffensive „go international“** (siehe auch Kapitel 2.1.6). Die Unternehmen werden mit Beratungen, Veranstaltungen aber auch Förderungen und anderen Unterstützungsleistungen zum Schritt über die Grenzen motiviert und bestehenden Exporteuren wird die Bearbeitung neuer Auslandsmärkte erleichtert. Die Förderung leistet damit einen Beitrag, dass einige Internationalisierungshemmnisse für KMU überwunden werden können.

¹¹ *Quelle: Europäische Kommission (2010): Internationalisation of European SMEs*

2 KMU-politische Erfolge der WKO

Kleine und mittlere Unternehmen sind wesentliche Träger des Wachstums und der Beschäftigung in Österreich. Durch ihre flexiblen Strukturen können sie zur wirtschaftlichen Erneuerung und zu einer möglichst friktionsfreien Anpassung an den technischen und gesellschaftlichen Wandel beitragen. KMU sind daher stets ins Zentrum der Wirtschaftspolitik zu stellen und der laufenden Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für KMU ist hohe Priorität einzuräumen.

In der Vergangenheit konnte bereits eine Vielzahl von Maßnahmen, die auf ein verbessertes Umfeld für KMU abzielen, umgesetzt werden. Die WKO als Interessensvertretung hat hierzu einen wesentlich Beitrag geleistet. Die KMU-politischen Erfolge der WKO werden nachfolgend entsprechend den Säulen des Zukunftsprogramms dargestellt:

- Unternehmertum durch angebotsorientierte Rahmenbedingungen stärken
- Effiziente öffentliche Strukturen durch Systemreformen sicherstellen
- Wachstum durch Zukunftsinvestitionen fördern

2.1 Unternehmertum durch angebotsorientierte Rahmenbedingungen stärken

Da Unternehmertum einen wichtigen Faktor für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Volkswirtschaften darstellt, ist es ein wichtiges Ziel, die unternehmerische Tätigkeit zu stärken und Selbstständigkeit als attraktive Beschäftigungsalternative in der österreichischen Gesellschaft zu verankern. Um dies zu erreichen, konnten in der Vergangenheit bereits Erfolge in folgenden Bereichen erzielt werden:

- Finanzielle Entlastung
- Sicherung des Wettbewerbs sowie Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit
- Sicherung der Unternehmensfinanzierung
- Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft
- Reduzierung administrativer Belastungen
- Förderungen und Serviceleistungen
- Verbesserung der Vorsorge

Ein wichtiger Schritt hin zu attraktiveren Rahmenbedingungen für KMU wurde 2013 mit dem „KMU-Test“ gesetzt. Er ermöglicht die Abschätzung der Auswirkungen von neuen Gesetzesvorhaben auf KMU durch ein zweistufiges, Fragebogen-geleitetes Verfahren.

2.1.1 Finanzielle Entlastung

Ein bedeutender Anteil der entrichteten Gebühren und Abgaben wird von österreichischen KMU geleistet. Die WKO konnte dahingehend Erfolge erzielen, dass nicht nur Verbesserungen bei bestehenden Regelungen erzielt wurden, sondern auch geplante Belastungen verhindert werden konnten.

Trendwende bei Lohnnebenkosten

Seit dem 1. Juli 2014 erfolgt mit der Senkung der AUVA-Beiträge um 0,1 % ein erster Schritt zur Entlastung der österreichischen Unternehmen im Bereich der Lohnnebenkosten. Eine weitere Senkung um 0,1 % tritt mit 1. Jänner 2015 bei den Insolvenzentgeltfonds-Beiträgen in Kraft. Pro Jahr ergibt sich dadurch eine Verringerung der Arbeitszusatzkosten für die heimischen Betriebe um insgesamt 200 Mio. Euro.

Steuerliche Entlastung der Auslandsmontage

Seit dem Jahr 2012 wurden 60 % der Einkünfte für Tätigkeiten im Ausland von bis zu 4.200 Euro pro Monat steuerfrei gestellt.

Senkung der Stromnetzgebühren

Netzgebühren machen in etwa 30 % der Stromkosten eines Unternehmens aus. 2013 konnte mit der Durchsetzung einer Senkung der Nutzungsentgelte im österreichweiten Durchschnitt um 2,3 % eine Gesamtentlastung für die Stromkunden von insgesamt knapp 40 Mio. Euro erzielt werden.

Ausnahmeregelung bei Grundbuchsgebühren erzielt

Seit Anfang 2013 ist für die Übertragung von Grundstücken eine Gebühr von 1,1 % der Bemessungsgrundlage vom Verkehrswert des Grundstücks zu entrichten. Eine von der WKO durchgesetzte Ausnahmeregelung besagt, dass der dreifache Einheitswert, maximal jedoch 30 % des Verkehrswerts als Bemessungsgrundlage gelten. Dadurch werden unter anderem Übertragungen innerhalb der Familie begünstigt. Bei einer 2014 eingeführten Neuregelung der Grundsteuer wurde die ursprünglich verfolgte Linie, Übergaben im Familienbund zu begünstigen, beibehalten.

Klarheit bei Personalunterkünften im Gastgewerbe

Für Unterkünfte bis 30m² sind seit Beginn 2013 keine Abgaben zu entrichten. Für Wohnräume zwischen 30m² und 40m² gibt es Abschläge vom Sachbezug für saisonale Unterkünfte von 35 %.

2.1.2 Sicherung des Wettbewerbs sowie Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit

Eine wichtige wirtschaftspolitische Zielsetzung ist es, die rechtlichen Bestimmungen in Österreich derart zu gestalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen gesichert und gestärkt wird.

Erleichterungen bei GmbH-Gründungen

Mit der GmbH-Novelle traten 2013 wesentliche Erleichterungen für GmbH-GründerInnen in Kraft. Bei der erneuten Änderung der GmbH-Bestimmungen 2014 konnten Einschnitte abgewehrt werden, sodass seit 1.3.2014 durch ein Gründungsprivileg die Stammeinlage für die ersten zehn Jahre ab der Gründung von 35.000 Euro auf 10.000 Euro herabgesetzt werden kann. Die Mindest-Körperschaftssteuer wurde ebenfalls gesenkt und beträgt ab 1.7.2013 für neu gegründete GmbH während der ersten fünf Jahre 500 Euro, danach 1.000 Euro und ab dem elften Jahr schließlich 1.750 Euro pro Jahr.

Beseitigung von Binnenmarkthemmnissen

Im Rahmen des EU-weiten Beratungsnetzwerks Enterprise Europe Networks (EEN) berät die WKO Klein- und Mittelbetriebe zu EU-Themen, unterstützt die Unternehmen bei Handelshemmnissen und betreut sie bei Veranstaltungen. Es gelang bereits, eine Vielzahl an Binnenmarkthindernissen abzubauen sowie eine zeitgerechte MWSt-Rückerstattung durchzusetzen.

Wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Dienstleistungs-Richtlinie

Im Rahmen der Umsetzung und Weiterentwicklung der Dienstleistungs-Richtlinie wurden auf nationaler Ebene einheitliche Ansprechpartner als elektronische Anlaufstellen installiert. Die Sicherstellung einer wirtschaftsfreundlichen Weiterentwicklung der Dienstleistungs-Richtlinie konnte durch die Einrichtung eines Beirates unter WKO-Beteiligung erreicht werden.

Kostenreduktion durch EU-Patent

Nach Ratifizierung des Übereinkommens zum Europäischen Patent werden die Kosten für ein Europäisches Patent von 36.000 auf 5.000 Euro sinken, da nur mehr 1 statt 3 Amtssprachen (Deutsch, Englisch und Französisch) verwendet werden muss. Darüber hinaus gewährleistet eine einheitliche Patentgerichtsbarkeit mehr Rechtssicherheit. Bei nationalen Patenten sind die ersten 5 Jahre, bei Gebrauchsmustern die ersten 3 Jahre gebührenfrei.

Erleichterung der Teilnahme von KMU an ASI-Normungsgremien

Um ein ausgewogenes und KMU-freundliches Normschaffen sicherzustellen, refundiert die WKO ihren Mitgliedsunternehmen den für 2014 vom Austrian Standards Institute (ASI) vorgeschriebenen Teilnahmebetrag in den Normungsgremien. Seit 2014 besteht zudem die Möglichkeit, über Internet kos-

tenlos Vorschläge für Normprojekte zu kommentieren. Eine im gleichen Jahr eingerichtete Schlichtungsstelle beim ASI setzt sich unter anderem mit Fragen der fairen Zusammensetzung von Normungsausschüssen auseinander.

Erweiterung Nation-Branding-Konzept

Die österreichische Wirtschaft tritt im Ausland unter der Dachmarke „Austria A“ auf, welche für die internationale Leistungsfähigkeit österreichischer Unternehmen steht. Die Dachmarke „Austria A“ wird in das österreichische Nation-Branding-Konzept zum Aufbau einer „Marke Österreich“ integriert.

Erweiterung der Berufsrechte für Bilanzbuchhalter

Ein weiterer interessenpolitischer Erfolg der WKO konnte bei den Bilanzbuchhaltungsberufen erzielt werden. Seit Jänner 2013 gelten zusätzliche Rechte für Bilanzbuchhalter, welche die Beratung, Abfassung und elektronische Übermittlung der Arbeitnehmerveranlagung an die Abgabenbehörde durch Bilanzbuchhalter und Personalverrechner beinhaltet. Zudem wurden die Bilanzierungsgrenzen für Bilanzbuchhalter von rund 360.000 Euro Umsatz auf 9,68 Mio. Euro Umsatz bzw. 4,84 Mio. Euro der Bilanzsumme erhöht.

Neuordnung des Gewerbes "Finanzdienstleistungsassistent"

Der Finanzdienstleistungsassistent wurde von einem freien Gewerbe in ein reglementiertes Gewerbe „Wertpapiervermittler“ überführt, wodurch eine Höherqualifizierung dieses Gewerbes gesetzlich verankert wurde. Zudem wurde die Tätigkeit bei bis zu drei konzessionierten Wertpapierfirmen bzw. Wertpapierdienstleistungsunternehmen für Wertpapiervermittler ermöglicht.

2.1.3 Sicherung der Unternehmensfinanzierung

KMU stehen im Vergleich zu Großunternehmen strukturell bedingt beim Zugang zu Finanzierung häufig vor größeren Herausforderungen. Um die Finanzierung von KMU zu sichern, wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Maßnahmen gesetzt, die auf die Sicherung der Bankfinanzierung sowie auch die Förderung alternativer Unternehmensfinanzierung abzielen.

Aufrechterhaltung der KMU-Begünstigung trotz Basel III

Seit dem in Kraft treten der Bestimmungen der neuen Eigenmittelregelung (Basel III) in Österreich gelten strengere Regeln für Banken hinsichtlich der Hinterlegung von Eigenkapital. Die WKO konnte bei der nationalen Umsetzung eine Absenkung der Risikogewichte für Kredite an KMU bis zu einem Betrag von 1,5 Mio. Euro von 75 % auf 54 % durchsetzen, wodurch eine erhöhte Eigenkapitalhinterlegung für diese Kredite vermieden wurde.

EU-geförderte KMU-Kredite

Durch Garantien des Europäischen Investitionsfonds (EIF) können wachstumsorientierte KMU zwischen 2012 und 2014 von günstigen Krediten profitieren. Die Kredite werden in einem Ausmaß von insgesamt 120 Mio. Euro vergeben.

Verbesserung des Zugangs zu EIF-Finanzierungen

KMU und Gründer profitieren 2013 und 2014 von einem günstigeren Garantieentgelt bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws), welches durch Rückhaftungen des Europäischen Investitionsfonds (EIF) ermöglicht wird. Die Kostenersparnis beläuft sich auf über 6 Mio. Euro.

KMU-Bonitätsrechner

Mit dem KMU-Bonitätsrechner wurde 2013 ein online Ratgeber zur Verfügung gestellt, welcher den Unternehmen einen Überblick gibt, wie sich Betriebskennzahlen auf Rating und Unternehmensbonität auswirken.

Erhöhung der Prospektgrenze bei Crowdfunding

Um ein Projekt über Crowdfunding finanzieren zu können, ist ein kostenintensives, von Wirtschaftsprüfern zu genehmigender Prospekt zu erstellen. Die Grenze für die verpflichtende Erstellung eines solchen Prospekts wurde 2013 von 100.000 Euro auf 250.000 Euro erhöht.

110 Millionen Euro Risikokapital für Gründer und Jungunternehmer

Der mit 65 Millionen Euro dotierte Gründerfonds stellt Risikokapital für junge Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial zur Verfügung. Der mit 45 Millionen Euro ausgestattete Business Angel Fonds verdoppelt die Mittel von Kapitalgebern an junge Unternehmen. Mit diesen 2012 beschlossenen Maßnahmen stehen den Unternehmen insgesamt 110 Millionen Euro an Finanzierungsmitteln zur Verfügung.

2.1.4 Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft

Der wirtschaftliche Erfolg der österreichischen KMU ist in hohem Maße von der Qualifikation und Motivation ihrer Mitarbeiter abhängig. Die kontinuierliche Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie auch die Möglichkeit eines flexiblen Personaleinsatzes sind für die Wettbewerbsfähigkeit der KMU daher von Bedeutung. Neun von zehn heimische KMU engagieren sich in der Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter, wobei der Lehrlingsausbildung ein wichtiger Stellenwert zukommt. Ein Schritt zur Sicherstellung von ausreichend Fachkräftenpersonal wurde in der Vergangenheit mit der Fachkräfteverordnung umgesetzt.

Rot-Weiß-Rot-Karte für qualifizierte Zuwanderung

Die Rot-Weiß-Rot-Karte ermöglicht die Zuwanderung von qualifiziertem Personal aus Nicht-EU-Staaten in Abstimmung mit den Bedürfnissen österreichischer Unternehmen. Schnellere und unbürokratischere Verfahren sind seit 2013 möglich. Seither kann die Rot-Weiß-Rot-Karte auch direkt im Inland vom Arbeitgeber beantragt werden.

Qualifikationserhöhung durch Fachkräftepaket

Das 2012 beschlossene Fachkräftepaket zielt auf eine Steigerung von Qualifikation und Fähigkeiten von Jugendlichen zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration ab. Durch das Jugend- und Lehrlingscoaching werden etwa Maßnahmen gesetzt, die darauf ausgerichtet sind, den Übergang von Schule zum Beruf zu erleichtern und die Drop-out-Rate aus Lehrverhältnissen zu verringern.

Schaffung neuer Lehrberufe

Durch die laufende Anpassung von Lehrberufen werden die Änderungen in der Wirtschaft und Arbeitswelt berücksichtigt. In den vergangenen Jahren entstanden beispielsweise die neuen Lehrberufe Steuerassistent, Seilbahntechnik und Gleisbautechnik.

Einführung der Bildungsteilzeit

Als weiteres Modell für die Weiterbildung von Arbeitnehmern wurde Mitte 2013 neben der Bildungskarenz die Bildungsteilzeit eingeführt. Mitarbeiter können ihre reguläre Arbeitszeit um ein Viertel oder die Hälfte reduzieren und dafür Weiterbildungsgeld beziehen. Die Mitarbeiter sind damit während ihrer Fortbildung weiterhin im Betrieb verfügbar.

Erhöhung der Flexibilität bei Samstagsbeschäftigung im Handel

Seit September 2013 können Handelsbeschäftigte jeden Samstag ganztags arbeiten – zuvor war dies lediglich jeden zweiten Samstag möglich. Dafür stehen den Beschäftigten fünf arbeitsfreie verlängerte Wochenenden (Freitag bis Sonntag oder Samstag bis Montag) im Zeitraum von sechs Monaten zu.

Entschärfung der Novelle beim Gleichbehandlungsgesetz

Im Rahmen der Verhandlungen zu der im August 2013 in Kraft getretenen Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz konnten wesentliche Neuerungen entschärft werden. Hierzu zählen unter anderem Quoten für Aufsichtsräte und sonstige Führungsgremien, erzwingbare Frauenförderpläne oder die Erhöhung von Strafen.

Verbesserung und Verlängerung der Kurzarbeit

Mit Beginn 2013 wurden die Kosten für Kurzarbeit für die Unternehmen reduziert. Der Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherung wird seither ab dem fünften statt bisher ab dem siebten Monat der Kurzarbeit für insgesamt maximal 24 Monate vom Arbeitsmarktservice übernommen.

Aliquotierung beim Urlaubsanspruch

Seit 2013 ist es Betrieben ohne Betriebsrat möglich, mittels schriftlicher Einzelvereinbarung das Urlaubsjahr vom Arbeitsjahr auf das Kalenderjahr umzustellen und damit die Vorzüge einer Aliquotierung des Urlaubes in der zweiten Jahreshälfte zu beanspruchen.

Entschärfung der Auflösungsabgabe

Bei der Auflösungsabgabe, welche seitens des Arbeitgebers bei Auflösung von Dienstverhältnissen fällig ist (2014: 115 Euro), konnte die WKO durch zahlreiche Ausnahmeregelungen eine Entschärfung erreichen. So ist die Abgabe etwa bei befristeten Dienstverhältnissen von bis zu sechs Monaten nicht zu entrichten.

Unbefristete in Kraft Setzung des Kombilohnmodells

Das bis dahin befristete Kombilohnmodell wurde im Juni 2013 in ein unbefristetes Modell übergeführt. Mit dem Modell können Personen über 45 Jahre, Wiedereinsteiger oder behinderte Personen, die beim Arbeitsmarktservice bereits mindestens 182 Tage arbeitslos gemeldet sind, gefördert werden. Der Zuschuss zur Entlohnung beträgt in Abhängigkeit vom Bruttoentgelt bis zu 950 Euro monatlich.

2.1.5 Reduzierung administrativer Belastungen

Für KMU, die weniger Personalressourcen zur Verfügung haben, stellt das Erfüllen von Verwaltungsaufgaben einen verhältnismäßig höheren Aufwand dar. Ziel ist es daher, stetig darauf hinzuwirken, die administrativen Belastungen für die Unternehmen weiter zu reduzieren. In der Vergangenheit konnten in der Verwaltung mit dem Unternehmensserviceportal (USP) und der Initiative „Verwaltungskosten senken“ bereits wichtige Schritte für eine Vereinfachung gesetzt werden.

Vereinfachung der E-Rechnung

Durch die seit Anfang 2013 geltenden vereinfachten Regelungen für die elektronische Rechnungserstellung ist mit Zustimmung des Empfängers die Übermittlung von Rechnungen per E-Mail-Anhang, Web-Download, PDF oder Textdatei möglich. Seit Beginn 2014 sind Rechnungen an den Bund in elektronischer Form zu stellen, wodurch sich Kosteneinsparungen für Unternehmen ergeben.

Verringerung des Zeitaufwandes für statistische Meldungen

Mit Vereinfachungsmaßnahmen im Bereich der statistischen Meldungen - wie etwa verringerten Stichprobengrößen, Anhebung von Meldeschwellen oder die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten - konnte der Zeitaufwand für die Unternehmen in den vergangenen Jahren deutlich reduziert werden. Durch Anhebungen der Meldeschwellen 2013/14 für Intrastat der Statistik Austria und Zabil der Österreichischen Nationalbank fällt die Meldepflicht für rund 1.500 Unternehmen jährlich weg.

Prinzip „Beratung statt Bestrafung“ erstmals durchgesetzt

Die neuen Regelungen zum Lohn- und Sozialdumping-Gesetz (2014) legen fest, dass erstmals das Prinzip "Beratung statt Bestrafung" konkret umgesetzt wird. Demnach entfällt z.B. eine Anzeige bzw. Strafe, wenn das Entgelt nur geringfügig unterschritten wird oder nur leichte Fahrlässigkeit vorliegt und der fehlende Betrag nachgezahlt wird. Die Anzeige/Strafe kann auch bei einem wiederholten (geringen) Verstoß entfallen. Die Strafbarkeit verjährt nach 3 Jahren. Bisher sind Verstöße meist gar nicht verjährt.

Kostenreduktion durch einheitliches Gewerberegister

Ab dem Jahr 2015 werden in Österreich die 14 unterschiedlichen Gewerberegister in ein einheitliches Register zusammengeführt, wodurch sich wesentliche Einsparungen auf Seiten der Unternehmen und der Verwaltung ergeben.

Erleichterungen bei Betriebsübernahmen

Der Verwaltungsaufwand für Betriebsnachfolger und Anlagenbetreiber konnte durch eine im April 2013 beschlossene Novelle zum Anlagenrecht reduziert werden. Die Neuerungen bieten etwa die Möglichkeit einer Zusammenstellung aller Bescheide für die Betriebsanlage und die Antragsmöglich-

keit für eine verlängerte Frist zur Einhaltung bestimmter Auflagen. Auch sind z.B. Anlagenänderungen bei Großereignissen (Public Viewing) ohne Genehmigung möglich.

Wegfall von Zweigleisigkeiten im Anlagenrecht

Im Bereich der bezirks- oder länderübergreifenden Betriebsanlagen ist nur mehr jene Behörde zuständig, in deren Sprengel sich der an Grundfläche gemessen größere Anlagenteil befindet (und nicht wie bisher zwei Behörden). Zudem fällt die gesonderte wasserrechtliche Genehmigung für Niederschlagswässer weg.

Kein Gold Plating beim Abfallwirtschaftsgesetz

Mit der im Mai 2013 beschlossenen Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) wurde die EU-Richtlinie über Industrieemissionen (IE-RL) in das nationale Recht übergeführt. Die WKO konnte dabei durchsetzen, dass auf nationaler Ebene keine strengeren Regelungen eingeführt werden, als von der EU-Richtlinie vorgegeben (Gold Plating). So wurden etwa Lager nicht gefährlicher Abfälle vom Regime ausgenommen.

2.1.6 Förderungen und Serviceleistungen

Neben den bereits angeführten Förderungen zur Sicherung der Finanzierung von KMU stehen den österreichischen Unternehmen weitere Angebote, Informationen und Hilfestellungen zur Förderung spezifischer Bereiche oder Branchen zur Verfügung.

Exportförderung durch Internationalisierungsoffensive

Die österreichische Exportwirtschaft wird im Rahmen der Internationalisierungsoffensive „go-international“ durch die Bereitstellung von insgesamt 31 Mio. Euro an Fördermittel für zwei weitere Jahre gefördert. Förderziele umfassen schwerpunktmäßig die Motivation von Neuexporteuren über eine neue Dienstleistungsförderung für Europa, sektor-spezifische Veranstaltungen im In- und Ausland sowie die Verlagerung der Aktivitäten auf Fernmärkte.

Erleichterung der Exportfinanzierung

Durch die Erhöhung des Wechselbürgschaftsrahmens des Exportfonds auf 1,2 Mrd. Euro können noch mehr KMU bei ihren Exportaktivitäten unterstützt werden.

Erhöhung der Förderungen für neue, umweltfreundliche Fahrzeuge

Um die Ökologisierung des Verkehrs voranzutreiben, wurde die Förderung für neue, umweltfreundlichere Fahrzeuge in den meisten Bundesländern erhöht. Landesförderungen für schadstoffarme Fahrzeuge können z.B. bei effizienterer Gestaltung von Transporten oder bei Anschaffung von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb bezogen werden.

Handwerkerbonus

Ein Impuls zur Belebung von Konjunktur und Wirtschaft sowie zur Eindämmung der Schwarzarbeit konnte mit dem 2014 eingeführten Handwerkerbonus gesetzt werden. Förderungsfähig sind 20 % der Kosten für Arbeitsleistungen und Fahrtkosten von Handwerkern in Höhe von max. 3.000 Euro, welche ab 1.7.2014 für die Renovierung, Erhaltung und Modernisierung von Wohnraum aufgewandt wurden.

Förderung zur Einstellung des ersten Mitarbeiters im Dauerrecht

Um Ein-Personen-Unternehmen (EPU) bei der Einstellung ihres ersten Mitarbeiters zu unterstützen - und damit auch arbeitsmarktpolitisch Impulse zu setzen - wird bereits seit 2009 ein 25 prozentiger Zuschuss zum Bruttolohn des neuen Arbeitnehmers gewährt. Mitte 2013 wurde die unbefristete Verlängerung dieser Förderung beschlossen, womit weiterhin jährlich rund 2 Mio. Euro Lohnzuschüsse an EPU fließen.

Service für Ein-Personen-Unternehmen

Die WKO bietet den Ein-Personen-Unternehmen (EPU), welche bereits mehr als die Hälfte der Mitgliedsbetriebe ausmachen, eine Vielzahl an Service- und Dienstleistungsangeboten an. Neben einem Break-Even-Rechner, zur Berechnung, ab wann sich der erste Mitarbeiter lohnt, sowie einer online

Kooperations- und Präsentationsplattform („EPU-Marktplatz“) werden seit 2014 auch kostenlose Webinare für EPU angeboten. 2013/14 wurde zudem von der WKO ein Videowettbewerb ins Leben gerufen, in dem sich EPU in einem Kurzvideo selbst präsentieren konnten. Die besten und am spannendsten dargestellten Geschäftsideen wurden von einer Expertenjury und durch eine online Publikumsabstimmung ausgewählt und gekürt.

Apps für Jungunternehmer

Seit 2013 werden für Gründer und Jungunternehmer Hilfestellungen durch spezielle Apps angeboten: Das GründerNavi zeigt die relevanten Schritte einer Unternehmensgründung auf und mit dem SV- und Steuer-Rechner App bekommen Selbstständige einen Überblick über die im laufenden Jahr zu erwartenden Sozialversicherungs- und Einkommensteuervorschreibungen.

KMU-Stresstest

Der KMU-Stresstest ist ein von der Wirtschaftskammer Wien und der Erste Bank entwickeltes Internet-Tool, welches der Überprüfung der betriebswirtschaftlichen Situation, sowie der Simulation der Unternehmenssituation bei verschiedenen Zukunftsszenarien dient.

KMU Unternehmenswert Ratgeber

Zu den wesentlichen Herausforderungen bei der Unternehmensübergabe gehört die Einschätzung des Marktwertes des eigenen Unternehmens. Der KMU Unternehmenswert Ratgeber ist ein Online-Tool, welches nach Eingabe von Unternehmensdaten eine erste Einschätzung zur Ertragskraft und dem Marktwert des Unternehmens liefert.

2.1.7 Verbesserung der Vorsorge

Durch eine Verbesserung der Vorsorge konnten unter Mitwirken der WKO wesentliche Schritte in Richtung einer Angleichung von Selbstständigen an unselbstständig Beschäftigte in diesem Bereich gesetzt werden. Durch ein neues Modell der Selbstständigenvorsorge können die Selbstbehalte reduziert werden, sofern mit dem Hausarzt vereinbarte Gesundheitsziele erreicht werden. Seit Beginn 2013 gilt zudem eine fünf-prozentige Begrenzung bei den Kostenanteilen für ärztliche Leistungen.

Erhöhung der Rechtssicherheit für Selbstständige

Seit September 2012 hat die Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft (SVA) ein Mitspracherecht bei der oft strittigen sozialversicherungsrechtlichen Einstufung als selbstständig bzw. unselbstständig Beschäftigter. Dadurch können seither Risiko und Kosten, welche durch eine etwaige „Umwandlung“ von Selbstständigen in Dienstnehmer im Zuge einer Betriebsprüfung entstehen, reduziert werden.

Entlastungen bei der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen

Um finanzielle Engpässe zu vermeiden, können Jungunternehmer seit Beginn 2014 einen zinsfreien Aufschub der Versicherungszahlungen beantragen, welche dann in zwölf Teilbeträgen innerhalb von maximal drei Jahren geleistet werden können.

Zahlungserleichterungen für KMU in der Sozialversicherung

Zur Unterstützung von Ein-Personen-Unternehmen und Kleinstbetrieben wurde im April 2013 die Einrichtung eines Überbrückungshilfefonds bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft beschlossen. Unter Berücksichtigung von Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnissen können daraus Zuschüsse zu den Pensions- und Krankenversicherungsbeiträgen ausbezahlt werden.

Krankengeld für Selbstständige

Seit Beginn 2013 gibt es erstmals einen gesetzlichen Anspruch auf Krankengeld für Selbstständige in Höhe von 28,40 Euro pro Tag (Wert für 2014). Der Anspruch besteht ab der sechsten Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit für Unternehmer mit weniger als 25 unselbstständig Beschäftigten.

Erhöhung des Wochengeldes für Unternehmerinnen

Zu Beginn 2013 wurde das Wochengeld für Unternehmerinnen von täglich 26,97 Euro auf 50 Euro (2014: 51,20 Euro) erhöht und damit fast verdoppelt.

Befreiung der Wochengeldbezieherinnen von der Beitragspflicht

Unternehmerinnen, die Wochengeld beziehen, können bei Ruhendmeldung bzw. Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von der Beitragspflicht nach GSVG (Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz) befreit werden, wobei der Kranken- und Pensionsversicherungsschutz aufrecht bleibt.

Ermöglichung der Teilzeitselbstständigkeit bei Kinderbetreuungsgeldbezug

Selbstständige, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, haben seit Juli 2013 die Möglichkeit, von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit zu werden. Die Befreiung ist bei geringen Umsätzen von maximal 30.000 Euro pro Jahr möglich.

2.2 Effiziente öffentliche Strukturen durch Systemreformen sicherstellen

Zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich kommt der Umsetzung von Strukturmaßnahmen hohe Bedeutung zu. Das Ziel von Systemreformen muss es sein, öffentliche Einrichtungen effizienter, effektiver und transparenter zu machen.

Erhöhung der Chancen für innovative Unternehmen bei öffentlicher Beschaffung

„Innovative Aspekte“ können durch die Novelle des Bundesvergabegesetzes vom April 2013 als mögliches Kriterium der Leistungsbeschreibung, der technischen Spezifikationen und der Zuschlagskriterien herangezogen werden. Dadurch wird es innovativen Unternehmen - denen z.B. noch die Referenzen fehlen - erleichtert, an öffentlichen Ausschreibungen erfolgreich teilzunehmen. Zur Beratung wurde zudem in der Bundesbeschaffungsgesellschaft die Servicestelle „Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung“ eingerichtet.

Verlängerung der Schwellenwertverordnung

Durch die Verlängerung der Schwellenwertverordnung bis Ende 2016 können Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich weiterhin bis zu einer Höhe von 100.000 Euro und Aufträge im Rahmen des nicht-offenen Verfahrens ohne Bekanntmachung bis 1 Mio. Euro direkt an Unternehmen vergeben werden. Dadurch werden Verfahrensdauer und -kosten wesentlich gesenkt.

Vergabehandbuch

Das niederösterreichische Vergabehandbuch zeigt auf, wie KMU besser in die regionale öffentliche Auftragsvergabe eingebunden werden können. Dem Handbuch kommt österreichweit eine Vorbildfunktion zu und es wurde von allen Landeskammern übernommen.

2.3 Wachstum durch Zukunftsinvestitionen fördern

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind als wichtiger Pfeiler einer innovationsorientierten Wirtschaftspolitik anzusehen. Österreich gibt 2,9 % des BIP für Forschung und Entwicklung aus und liegt damit innerhalb der EU an fünfter Stelle hinter Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland. Eine Sicherstellung und Intensivierung zielgerichteter Forschungs- und Innovationsförderungen hilft, die österreichische Position weiter zu verbessern und unterstützt den strukturellen Wandel hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft.

KMU-Instrument im europäischen Förderprogramm für Forschung und Innovation

Mit dem europäischen Förderprogramm Horizon 2020 werden insbesondere hochinnovative, schnell wachsende KMU, die ihre Produkte oder Dienstleistungen auf den europäischen Markt bringen wollen, unterstützt. Die Förderungen umfassen die Machbarkeit einer Idee, die Forschung- und Entwicklung sowie die Markteinführung, wobei Unterstützung durch Experten, Finanzierungsinstrumente sowie Mentoring und Coaching zum Einsatz kommen.

F&E-Förderungen der FFG

Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) bietet eine Vielzahl an Förderungen für die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen an. Um die Förderlücke zwischen Produktentwicklung und Markteintritt zu schließen, wurde Ende 2012 die Initiative „Markt.Start“ eingeführt, welche ein fast zinsfreies Darlehen von bis zu 1 Mio. Euro bietet. Mit dem 2013 eingeführten Kooperationsbonus wird die Zusammenarbeit von etablierten Technologieunternehmen mit Start-ups mit zusätzlichen 15 % der Fördersumme im Rahmen von Projekten der FFG-Basisprogramme gefördert. Junge Unternehmen werden damit in der kritischen Phase der Etablierung am Markt unterstützt.

Kreativwirtschaftscheck

Im Jahr 2013 erfolgte die Vergabe von insgesamt 600 Kreativwirtschaftsschecks zur Förderung des Zukaufs von Kreativleistungen durch „traditionelle“ Branchen mit Zuschüssen von je 5.000 Euro. Die gesamte von der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) abgewickelte Förderung belief sich auf 3 Mio. Euro. Für das Jahr 2014 wurde eine Neuauflage von insgesamt 600 Kreativwirtschaftschecks erreicht.

Garantiefonds für die Kreativwirtschaft

Voraussichtlich ab dem Jahr 2016 soll ein eigener Garantiefonds für Unternehmen und Organisationen der Kultur- und Kreativwirtschaft mit einer Dotierung von rund 200 Mio. Euro eingeführt werden. Vorgesehen ist dabei eine Ausfallhaftung des Europäischen Investitionsfonds (EIF) für das Kreditrisiko von Geschäftsbanken.

Erhöhung der Marktchancen

Zur Förderung von technologieorientierten KMU wurde 2013 das Beratungsangebot der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) „aws Markt.Chancen.Check“ eingeführt. Das Förderinstrument bietet Analysegespräche mit aws Branchenexperten zur Erhebung neuer Marktchancen für das Unternehmen bzw. dessen Produktportfolio.

3 KMU-politische Forderungen der WKO

Die Sicherstellung von nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen erfordert weitere Maßnahmen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds. Um die Situation der österreichischen KMU weiter zu stärken, ist es der WKO ein Anliegen, die im vorliegenden Kapitel angeführte Liste an KMU-politischen Forderungen zukünftig umzusetzen. Die Gliederung der Liste der Forderungen entspricht jener der KMU-politischen Erfolge:

- Unternehmertum durch angebotsorientierte Rahmenbedingungen stärken
- Effiziente öffentliche Strukturen durch Systemreformen sicherstellen
- Wachstum durch Zukunftsinvestitionen fördern

3.1 Unternehmertum durch angebotsorientierte Rahmenbedingungen stärken

Damit Österreich auch zukünftig ein attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsort bleibt, gilt es, weitere Maßnahmen in folgenden Bereichen zu setzen:

- Finanzielle Entlastung
- Sicherung des Wettbewerbs sowie Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit
- Sicherung der Unternehmensfinanzierung
- Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft
- Reduzierung administrativer Belastungen
- Förderungen

So soll sichergestellt werden, dass sich Unternehmen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und die Herausforderungen der Zukunft bestmöglich bewältigen können.

3.1.1 Finanzielle Entlastung

Weitere Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der österreichischen Unternehmen sind notwendig, um die unternehmerische Tätigkeit in Österreich attraktiver zu gestalten.

Ja zu einer Steuerreform - Nein zu neuen Steuern und Steuererhöhungen

Eine Einführung einer Vermögensteuer oder eine Wiedereinführung von Erbschafts- oder Schenkungssteuern würde auch die heimischen Unternehmen treffen. Ein Hindernis würden derartige Steuern vor allem bei der Unternehmensübertragung darstellen. Mit ein Grund, warum sich die WKO dezidiert gegen eine Wiedereinführung ausspricht und für die Finanzierung einer Steuerreform durch Ausgabensenkungen eintritt.

Abschaffung der Bagatellsteuern

Österreich zählt zu den Ländern mit der höchsten Steuer- und Abgabenbelastung. Die WKO setzt sich daher für eine Reduktion bzw. die Abschaffung bestehender Bagatellsteuern ein, wie insbesondere die Gesellschaftssteuer, Werbeabgabe, Mietvertragsgebühr sowie Gebühren für Rechtsgeschäfte. Auch die 2014 eingeführten Bagatellsteuern (z.B. die Sektsteuer) sollen wieder abgeschafft werden.

Reduktion von Belastungen bei entgeltlicher Unternehmensveräußerung

Die Steuerbelastung bei entgeltlicher Betriebsübergabe resultiert oftmals aus Nominal- und nicht aus Realgewinnen. Die WKO fordert daher eine deutliche Anhebung des Freibetrages von derzeit 7.300 Euro auf den fünffachen Wert sowie die Möglichkeit, den Veräußerungsgewinn zur Progressionsermäßigung von drei auf fünf Jahre zu heben. Des Weiteren soll bei der Übertragung von Grundstücken bei Betriebsübergaben die Grunderwerbsteuer reduziert werden. Begünstigungen des Neugründungs-Förderungsgesetzes (NeuFög) sollen auch bei Übernahmen von KMU zur Anwendung kommen.

Investitionsanreize forcieren

Eine Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von derzeit 400 Euro auf 1.000 Euro würde nicht nur eine Entlastung für KMU bedeuten, sondern auch einen Investitionsanreiz bieten.

Steuerliche Begünstigung von Büros im Wohnungsverband

Ein-Personen-Unternehmen arbeiten häufig in den eigenen vier Wänden. Von einer steuerlichen Begünstigung des Arbeitsplatzes im Wohnungsverband würde daher insbesondere diese Unternehmensgruppe profitieren.

3.1.2 Sicherung des Wettbewerbs sowie Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit

Weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen zur Sicherung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen sowie des Unternehmensstandortes insgesamt sind anzustreben.

Wahrung von Augenmaß im Verbraucherschutz

Bei der „Made in“-Kennzeichnung soll es keine verpflichtende Kennzeichnung der Ursprungsangaben geben. Die EU-Verbraucherschutz-Richtlinie soll dahingehend adaptiert werden, dass bei Außergeschäftsraumverträgen vom Verbraucher selbst angebaute Geschäfte nicht erfasst werden.

Qualifikations- und Berufsrechte modernisieren

Es gilt bundeseinheitliche Regelungen für die Ausbildung und die Zulassung zu wirtschaftlichen Tätigkeiten zu schaffen und die hohen Qualitätsanforderungen zum Gewerbeantritt in der österreichischen Gewerbeordnung sicherzustellen. Eine stärkere Verankerung der Ausbildungsleistung im Rahmen der dualen Ausbildung als zusätzliches Kriterium für die Bewertung der Angemessenheit von Reglementierungen ist anzustreben und faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Berufsrechten der Gewerbeordnung und anderer Berufe sind herzustellen. Dahingehend soll eine stärkere Positionierung der Gewerbeordnung als moderner, flexibler wirtschaftspolitischer Rahmen erreicht werden.

Normen mit der Wirtschaft für die Wirtschaft

Gefordert wird unter anderem ein kostenloser Zugang zu durch Gesetz oder Verordnung verbindlich erklärten Normen österreichischen Ursprungs sowie erleichterter Zugang zu Normen und zum Normenschriften für Unternehmer. Eine umfassende Normungsstrategie soll umgesetzt werden und klare, transparente Regelungen und Zuständigkeiten im Normenprozess geschaffen werden.

3.1.3 Sicherung der Unternehmensfinanzierung

Für die zukünftige Sicherung des Zugangs der österreichischen KMU zu Finanzierung, sind weitere Maßnahmen zur Sicherung der Kreditfinanzierung und der Förderung alternativer Finanzierungsformen umzusetzen.

Absicherung der Unternehmensfinanzierung

Um die Verfügbarkeit des Bankkredits als zentrale Finanzierungsquelle des österreichischen Mittelstandes abzusichern, ist auf eine wirtschaftsnahe Gestaltung von Basel III und Solvency II zu achten. Regulierungen müssen auf ihre negativen Auswirkungen auf die Kreditvergabe geprüft und gegebenenfalls nachgebessert werden.

Ausbau der Garantien für KMU

Die WKO begrüßt den geplanten Ausbau des europäischen Garantie-Instrumentariums zur Sicherung des Zugangs von KMU zu Kredit- und Eigenkapitalfinanzierungen. Geplant ist darüber hinaus eine Bündelung der Instrumente zu einer Europäischen Garantieplattform, die vom Europäischen Investitionsfonds (EIF) verwaltet werden könnte. Auf nationaler Ebene ist eine bessere Ausnutzung des Haftungsrahmens der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) zu forcieren.

Schaffen flexibler Finanzierungsalternativen

Um den Zugang zu Finanzierung für KMU zu sichern und auch die Eigenkapitalfinanzierung zu fördern, gilt es, die steuerliche Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital zu beseitigen.

Crowdfunding und Bürgerbeteiligungsmodelle

Zur Förderung von Crowdfunding wurde mit der Anhebung der Prospektpflichtgrenze auf 250.000 Euro bereits ein erster Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Zudem wird eine Modifizierung des Begriffs des Einlagengeschäfts im Bankwesengesetz sowie für das Kapitalmarktgesetz ein Stufenmodell für ein Phasing in der Prospektpflicht vorgeschlagen. - Die WKO hat hierfür bereits ein Modell ausgearbeitet.

Einführung eines Business Angels-Freibetrags

Durch einen Business Angels-Freibetrag in Höhe von mindestens 50.000 Euro sollen Investments von Business Angels gefördert werden. Die Vorhersehbarkeit steuerlicher Rahmenbedingungen ist für diesen Bereich zentral. Dies betrifft laufende Einschränkungen der Anerkennung von Verlustbeteiligungen. Insbesondere in Start ups bringen Beteiligungen in der ersten Phase der Unternehmensbeteiligung häufig noch keine Rendite für Investoren.

Schaffung von Rahmenbedingungen für Private Equity und Venture Capital

Gefordert wird die Schaffung eines Rechtsrahmens für Private Equity und Venture Capital entsprechend internationaler Standards. Dieser könnte als moderne Nachfolgelösung der Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft eingeführt werden.

Einführung einer Mitarbeiterbeteiligung durch steuerliche Anreize

In vielen Ländern konnten bereits positive Erfahrungen mit der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmen (Mitarbeiterbeteiligung - MAB) - entweder unmittelbar in Form einer Gewinnbeteiligung oder mittelbar in Form einer Kapitalbeteiligung - gemacht werden. Für eine rasche Verbreitung hat sich gezeigt, dass verstärkte Informationspolitik sowie steuerliche Förderung zur Absicherung finanzieller Risiken die effizientesten Instrumente darstellen.

Erleichterung des Börsengangs für KMU

Insbesondere für KMU stellen die mit einem Börsengang (IPO) verbundenen Umstellungen und Kosten ein Hindernis dar. Es soll daher ein Absetzbetrag von 10 % der IPO-Kosten und ein Absetzbetrag für die laufenden Kosten einer Börsennotiz für KMU eingeführt werden.

3.1.4 Mehr Fachkräfte für die Wirtschaft

Um die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch zukünftig zu sichern, gilt es, das österreichische Bildungssystem zu reformieren und zu verbessern. Neben der Förderung von flexiblem Personaleinsatz, ist es ein Ziel, die Arbeitsmarktintegration von Frauen, Jugendlichen sowie älteren Personen durch Anpassung der entsprechenden Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Senkung der Lohnnebenkosten

Österreich zählt zu den Ländern mit den höchsten Lohn- und Lohnnebenkosten, wodurch den heimischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb ein Nachteil entsteht. Ein erster Schritt zur Entlastung der Unternehmen wurde mit der Senkung der AUVA-Beiträge 2014 gesetzt. Die WKO fordert eine weitere, spürbare Reduzierung der Lohnnebenkosten in einem kurzfristigen Zeithorizont. Mittelfristig sollen die Lohnnebenkosten durch eine arbeitgeberseitige Pauschalabgabe von 25 % weiter verringert werden.

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Betriebsinterne Flexibilität hinsichtlich der Arbeitszeit hilft gerade in Krisenzeiten, den Personalstand zu sichern. Unternehmen soll daher in ihrer Arbeitszeit-Gestaltung mehr Freiraum gegeben werden. Darüber hinaus sollen Alternativen zur „gesetzlichen“ Berechnung des Überstundenzuschlags zulässig sein.

Flexibilisierung Elternteilzeitregelung und Urlaubsrecht

Durch eine zu starke Arbeitsmarktregulierung - z.B. strenge Kündigungsschutzbestimmungen - können sich auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigung ergeben, da sich ein Arbeitgeber genau überlegen muss, ob ein Beschäftigter eingestellt wird oder nicht. Es soll daher einen Motivkündigungsschutz statt dem Kündigungsverbot bei Elternteilzeit geben. Gefordert wird zudem ein Anspruch auf Elternteilzeit erst ab einem wöchentlichen Arbeitsausmaß von 20 Stunden.

Weiterentwicklung der Lehre

Die österreichische Lehrlingsausbildung steht durch die Bildungsexpansion - begabte Jugendliche entscheiden sich zunehmend für das weiterführende Schulwesen - sowie den demografischen Wandel unter Druck. Ein wichtiges Anliegen ist es daher, die Lehrlingsausbildung laufend weiterzuentwickeln, für die Jugendlichen attraktiv zu gestalten und an die Qualitätsanforderungen der Unternehmen anzupassen.

Angebot von mehr und besserer Berufsinformation

Die Berufsorientierung soll in die Rahmenlehrpläne aller Schularten aufgenommen werden. Es ist eine Potenzialanalyse für alle 14-Jährigen vorzusehen sowie eine verpflichtende Berufs- und Bildungsberatung in der Sekundarstufe II. Bei der Umsetzung einer praxisorientierten Berufsinformation ist es ein Ziel, verstärkt Unternehmer und Experten aus der Wirtschaft einzubeziehen. Ein weiteres Anliegen ist es, die Vermittlung betriebswirtschaftlicher Grundlagen für alle Lehrer in der Basisausbildung zu verankern.

Adäquate Positionierung der österreichischen Berufsausbildung im NQR

Die Leistungen des dualen Ausbildungssystems müssen bei der Einstufung im nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) angemessen berücksichtigt werden. Das bedeutet, Einstufung der Lehrabschlussprüfung auf Level 4, der Meister- bzw. Befähigungsprüfung auf Level 6 und der Baumeisterprüfung auf Level 7.

Förderung von Wirtschaftswissen und Unternehmergeist

Um das Unternehmertum in Österreich zu stärken und zu fördern, soll der Unternehmergeist bereits in jungen Jahren gefördert werden. Der „Unternehmerführerschein“ und „JUNIOR - SchülerInnen gründen Unternehmen“ gelten in diesem Bereich - auch international - als Best Practice Projekte und sind nachhaltig im österreichischen Schulsystem zu implementieren.

Forcierung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte

Die Rot-Weiß-Rot-Karte, welche im Jahr 2011 eingeführt wurde, ist als ein wichtiger Schritt in der Migrationspolitik zu sehen. Um den Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Karte zu erleichtern, soll diese zukünftig auch für Bachelor-Absolventen und Teilzeitkräfte erhältlich sein. Das erforderliche Mindestentgelt für Studienabsolventen soll gesenkt werden und die Verfahrensdauer für das Job-Seeker-Visa verkürzt werden.

Ausbau der Kinderbetreuung

Um den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt zu entsprechen, gilt es in Österreich die Versorgungslücken im Bereich der Kinderbetreuung (insbesondere bei der Betreuung von unter Dreijährigen) zu schließen.

Verstärkung der Beschäftigungsanreize Jugendlicher und älterer Personen

Mit einer Lohnnebenkostensenkung bei Einstellung von Arbeitnehmern ab dem 50. Lebensjahr, sollen Anreize geschaffen werden, um das faktische Pensionsantrittsalter zu erhöhen. Die Beschäftigung von Jugendlichen gilt es durch Förderung der Instrumente „Jugendstiftung“, „Arbeitstrainings“, „Lohnzuschüsse“ und der Förderung von Ausbildungsbetrieben zu verbessern.

Vorrang der Mittel aktivierender Arbeitsmarktpolitik

Es wird gefordert, dass mehr Mittel in Maßnahmen fließen, mit denen gezielt Beschäftigungsanreize gesetzt werden. Die Ausweitung und Überführung des Kombilohnmodells in eine unbefristete Förderung ist hierbei als ein Schritt in die richtige Richtung anzusehen.

Verbesserung der sozialen Absicherung für Selbstständige

In den vergangenen Jahren wurden bereits Maßnahmen gesetzt, welche auf die Angleichung von selbstständig und unselbstständig Beschäftigten hinsichtlich der sozialen Absicherung abzielen.

Weitere Verbesserungen sind jedoch - insbesondere in Hinblick auf das Versicherten- und Beitragsrecht anzustreben. Vor allem für kleine Betriebe bzw. Ein-Personen-Unternehmen stellen die Sozialversicherungsbeiträge häufig eine Belastung dar. Es sind daher unter anderem ein erleichterter Zugang zur Kleinstunternehmerregelung sowie die Senkung des Pensions- und Arbeitslosenversicherungsbeitrags umzusetzen.

3.1.5 Reduzierung administrativer Belastungen

Immer noch sind die österreichischen Unternehmen in ihrer unternehmerischen Praxis vor eine Vielzahl an bürokratischen Hürden gestellt. Diese entstehen etwa durch die Erfüllung von Genehmigungs-, Melde- oder Überwachungspflichten. Zur Entlastung der Unternehmen sind die administrativen Anforderungen weiter zu reduzieren.

Flexibilisierung im Gesellschafts- und Unternehmensrecht

Zum Teil entsprechen die in Österreich geltenden Veröffentlichungspflichten nicht mehr dem Stand der Technik. Es wird daher eine Abschaffung der Veröffentlichungspflichten im Amtsblatt der Wiener Zeitung gefordert. Eine weitere zentrale Forderung betrifft die Beseitigung der Formpflichten bei Gründungen und Geschäftsanteilsübertragungen und die Ermöglichung von Unternehmensnachfolgen durch gesellschaftsrechtliche Gesamtrechtsnachfolgen.

Vereinfachung der Besteuerung von KMU

Die Steuererklärung soll für Kleinunternehmen deutlich vereinfacht werden – Stichwort „Steuererklärung auf einem Blatt Papier“. Zukünftig soll eine selbstständige Erledigung der Steuerangelegenheiten ohne Inanspruchnahme kostenaufwendiger, fachlicher Unterstützung möglich sein. Als weitere Vereinfachung wird die Einführung einer Betriebsausgabenpauschalierung gefordert.

Vereinfachungen im Sozialversicherungs- und Steuerrecht

Eine Pauschalierung soll die Kalkulation von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen insbesondere für Klein- und Kleinstunternehmer erleichtern. Durch die Etablierung EINER Stelle für Prüfung und Einhebungen, EINES Verfahrens und EINER Beitragsgrundlage für Sozialversicherung UND Einkommensteuer sollen Vereinfachungen erreicht werden. Zudem sollen mit einer Harmonisierung des Sozialversicherungs- und Steuerrechts Doppelgleisigkeiten vermieden und die Administration beider Rechtsmaterien für Unternehmen erleichtert werden, insbesondere die der Lohnverrechnung.

„Beraten statt strafen“ gesetzlich verankern

Eine leicht fahrlässige Abgabenverkürzung soll nicht strafbar sein wie dies in Deutschland der Fall ist. Das bedeutet eine bedingte Strafnachsicht auch im verwaltungsbehördlichen Verfahren. Bei geringfügigen und entschuldbaren Vergehen soll Ermahnung ausreichend sein und weiters sind die Kontrollen der Finanzpolizei in angemessener Form mit geringstmöglicher Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebes durchzuführen.

Modernisierung des Betriebsanlagenrechts

Mit einer 2013 beschlossenen Novelle konnten bereits Vereinfachungen im Bereich der Betriebsanlagen erzielt werden. Weitere Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren und der leichteren Einhaltung von Vorschriften sollen zukünftig umgesetzt werden. Zudem soll ein Monitoring die Zahl, Art und Dauer der durchgeführten Verfahren gemäß einheitlichen Standards bundesweit dokumentieren.

KMU-freundliche Gestaltung des Umweltrechts und Vereinfachung des Abfallrechts

Die Zahl an Rechtsvorschriften im Umweltrecht steigt laufend, ohne dass dabei auf die speziellen Gegebenheiten der KMU Rücksicht genommen wird. Eine Forderung ist daher unter anderem, die Gesetzgebung bei der Luftreinhaltung, im Besonderen die EU-Richtlinien zur Luftqualität („CAFE“) und zu den Emissionsobergrenzen in den Mitgliedstaaten („NEC“) nicht weiter zu verschärfen. Zu-

dem gilt es, beim Abfallrecht weitere Reglementierungen zu vermeiden und überschießende Dokumentationspflichten zu beseitigen.

3.1.6 Förderungen

Die Stärkung der österreichischen Unternehmen durch maßgeschneiderte Förderungen soll weiterhin forciert werden. Neben der Gründungs- und Wachstumsphase, welche zumeist im Blickpunkt wirtschaftspolitischer Bemühungen stehen, sollen auch Unternehmen, die sich in einer Reifephase befinden, gezielt angesprochen und gefördert werden.

Verbesserung der Planungssicherheit bei Förderungen

Förderungen sollen nicht jährlich neu in Kraft gesetzt werden, sondern über mehrere Jahre ihre Gültigkeit behalten, um den Unternehmen einen erweiterten Planungshorizont zu ermöglichen.

Verlängerung der Internationalisierungsoffensive

Mit der Internationalisierungsoffensive werden erfolgreich Auslandsaktivitäten der österreichischen Unternehmen gefördert. Ein wichtiges Anliegen ist es daher, die Mittel der Fördermaßnahme aufzustocken und die Fortführung langfristig zu sichern, bzw. längerfristig zu gestalten.

Anhebung der Sanierungsquote und Mittel für die thermische Sanierung

Der Gebäudesektor hat das Potenzial mit großen Wertschöpfungseffekten zukünftig in hohem Maße zur Emissionsreduktion und Energieeffizienz beizutragen. Gefordert wird daher eine Erhöhung der Sanierungsquote von Gebäuden der Länder durch die 15a-Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor, die Erhöhung der Mittel für die thermische Sanierung sowie die Forcierung des Baus von Niedrigenergiehäusern.

Fortsetzung und Erweiterung des Handwerkerbonus

Der Handwerkerbonus sollte über 2015 hinaus verlängert werden und sein Anwendungsbereich über die Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten hinaus erweitert werden. Gerade in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums ist ein solcher Impuls gegen Schwarzarbeit und zur Förderung der legalen, handwerklichen Leistungen unbedingt erforderlich.

3.2 Effiziente öffentliche Strukturen durch Systemreformen sicherstellen

Die Voraussetzung für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich ist ein schlanker, effizient arbeitender Staat. Zu forcieren sind dabei die Vereinfachung der Rechtsgrundlagen, die Verminderung der Aufgaben der Verwaltung und der weitere Ausbau von E-Governmentleistungen. Als Notwendigkeit gilt es zudem, das faktische Pensionsantrittsalter, welches im Jahr 2013 bei 58,5 Jahren und damit deutlich unter dem gesetzlichen Antrittsalter lag, zu erhöhen.

Ende des Jahres 2013 belief sich der öffentliche Schuldenstand in Österreich bereits auf 74,5 % des BIP. Der Anstieg des Budgetdefizits in den vergangenen Jahren erfordert zukünftig umso dringlicher Konsolidierungsmaßnahmen des öffentlichen Haushaltes und folglich die konsequente Weiterführung der Verwaltungsreformen der vergangenen Jahre. Eine Aufgabenprüfung aller staatlichen Verwaltungsebenen (Bund, Länder, Gemeinden) ist dafür umzusetzen. Der im Mai 2012 mit den Gebietskörperschaften vereinbarte „Österreichische Stabilitätspakt 2012“ sowie die Verpflichtungen aus dem „Fiskalpakt“ sind zum Zwecke der Budgetkonsolidierung umzusetzen. Es gilt des Weiteren der Umsetzung von Europa2020-Reformen in Österreich hohe Priorität einzuräumen und die länderspezifischen Empfehlungen von EU, IWF und OECD umzusetzen.

Förderung der regionalen Beschaffung und der öffentlichen Auftragsvergabe an KMU

KMU sind im Vergleich zu ihrer ökonomischen Bedeutung bei öffentlichen Aufträgen unterrepräsentiert. Marktzutrittsbarrieren sollen daher abgebaut werden und die regionale Beschaffung gefördert werden. Im Vergaberecht soll das Bestbieter- anstelle des Billigstbieterprinzips verankert werden. Festgeschrieben werden soll zudem die Antragslegitimation gesetzlicher Interessensvertretungen zur Prüfung der Gesetzeskonformität von Ausschreibungsunterlagen vor Ablauf der Angebotsfrist. Durch

die Aufnahme der Inhalte der Schwellenwerteverordnung in das Bundesvergabegesetz werden Kosten auf staatlicher wie unternehmerischer Seite gesenkt - insbesondere KMU profitieren von den Bestimmungen.

Vereinfachung von Rechtsvorschriften

Überflüssige Bestimmungen sollen beseitigt und bestehende Regelungen vereinfacht werden. Die Anwendung des Standardkostenmodells und der retrospektiven Gesetzesfolgenabschätzung sollen hierfür die Grundlage bieten. Bei der Überführung von EU-Recht in nationales Recht ist Golden Plating zu vermeiden.

Stadt- und Ortszentren stärken

Zur Stärkung der Stadt- und Ortszentren, soll eine Eindämmung des Flächenwachstums im Einzelhandel sowie eine Harmonisierung der Raumordnungsbestimmungen angestrebt werden.

Verlässliche Energieversorgung sicherstellen

Eine zuverlässige und kostengünstige Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit der heimischen Betriebe. Diese soll durch den Ausbau von Verteil- und Speicherkapazitäten, den Ausbau der naturverträglichen Nutzung von Wasserkraft und anderwärtigem Ökostrom sichergestellt werden.

Energieinfrastrukturausbau beschleunigen

Eine effizientere Energieversorgung soll durch einen beschleunigten Ausbau der Energieinfrastruktur und die Verknüpfung der regionalen und nationalen Infrastrukturen mit dem europäischen Netz erzielt werden. Es gilt zudem, die Planungs-, Genehmigungs- und Verträglichkeitsverfahren zu beschleunigen.

Ressourceneffizienz steigern

Wird das Recycling von bürokratischen Hemmnissen befreit, so lässt sich eine effizientere Ressourcennutzung erreichen. Es soll etwa recyclebarer Abfall durch Abfallende-Verordnungen Produktstatus erlangen und so als Ressource wieder nutzbar gemacht werden.

Verbesserung des Gesundheitssystems

Bereits mehr als 10 % des BIP werden jährlich für das österreichische Gesundheitssystem aufgewendet. Um Sozial- und Vorsorgeleistungen auch zukünftig sicherstellen zu können, gilt es das Sozial- und Gesundheitssystem zu reformieren und nachhaltig zu gestalten.

3.3 Wachstum durch Zukunftsinvestitionen fördern

Investitionen in Forschung und Entwicklung stärken die Innovationsfähigkeit der Österreichischen Wirtschaft und sind somit als wichtige Zukunftsinvestitionen zu sehen.

Sicherung des Wettbewerbs und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit

Die Mittel für Forschung und Entwicklung in der direkten F&E-Förderung sowie die Nutzung von EIB/EIF-Kapital sind anzuheben bzw. zu forcieren. Zudem gilt es Maßnahmen zur Vermarktung des Forschungs- und Innovationsstandorts Österreich umzusetzen.

Sicherstellung der EU-Regionalförderungen für KMU und Innovationen

Garantien sollen auch in der aktuellen Förderperiode verstärkt genutzt werden und Förderungen im Rahmen des Strukturfonds in hohem Maße an KMU vergeben werden.

Verbesserung der Qualität der Rechts- und Durchsetzung auf europäischer Ebene

Gegenüber dem Erlass neuer Rechtsakte soll die vollständige Umsetzung bestehender Grundfreiheiten im Binnenmarkt für Unternehmer und Arbeitnehmer vorrangig sein. Die Qualität und Akzeptanz neuer Rechtsakte kann zudem durch die Einbindung der Sozialpartner auf EU-Ebene im Vorfeld verbessert werden.

Finanzierbare Gestaltung geistiger Eigentumsrechte

Eine wichtige Forderung ist es, Regeln und Durchsetzbarkeit des Schutzes geistiger Eigentumsrechte weltweit zu verbessern. Dafür soll eine neu einzurichtende Gerichtsstruktur im gewerblichen Rechtsschutz als lokale österreichische Kammer im Rahmen eines einheitlichen Patentrechts innerhalb der EU zusätzlich genutzt werden. Es gilt, ein effizientes Privatanklageverfahren zur Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten einzuführen sowie das Urheberrecht im Sinne der Rechtssicherheit und der Finanzierbarkeit seitens der Wirtschaft behutsam zu modernisieren.

Heranführung Österreichs an die Spitze der IKT-Nationen

Eine wichtige Zielsetzung ist, Österreich durch die Weiterentwicklung intelligenter Infrastrukturen mittels IKT an die Spitze der IKT-Nationen heranzuführen. Der Anteil der Unternehmen und Konsumenten, die Waren und Dienstleistungen über E-Commerce beziehen ist im Steigen begriffen und bereits mehr als neun von zehn Unternehmen nutzen für Behördenkontakte elektronische Dienste.

Forcierung der Investitionen in Hochleistungsbreitband

Um Österreich mit einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur auszustatten, sollen Investitionen in ein Hochleistungsbreitband forciert werden. Noch bestehende Lücken im Breitbandnetz sollen dabei mittels mobiler Breitbandanbindungen der nächsten Generation (LTE) auf Grundlage der neuen Frequenzuteilungen (digitale Dividende) geschlossen werden.

Regelungen zu elektronischen Signaturen

Die Schaffung modernisierter Regelungen und einheitlicher Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Anwendung und Anerkennung von elektronischen Signaturen im europäischen Binnenmarkt ist anzustreben.

Verringerung des administrativen Aufwands bei F&E-Förderung

Ein wichtiges förderpolitisches Ziel ist es, den administrativen Aufwand, welcher mit Antragstellung, Förderabwicklung, Berichts- und Kontrollverpflichtungen verbunden ist, in einer praxisorientierten Zusammenarbeit zwischen Fördermittelgebern und Förderungsagenturen zu reduzieren. Das praktische Know-how der Förderagenturen soll dabei für die Vereinfachung genutzt werden dürfen. Neben der Vereinfachung von Förderrichtlinien und -abläufen ist eine möglichst hohe Kompatibilität zwischen den nationalen und europäischen Beihilfebestimmungen anzustreben.

Anhebung der Direktförderung für Forschung & Entwicklung

Die WKO fordert, die Direktförderung von Unternehmen für F&E jährlich um 8 % zu erhöhen und damit gezielt hochinnovative Einzelprojekte zu fördern. Österreich hat im Gegensatz zu Deutschland und Dänemark auch bei steigenden F&E-Aufwendungen der Wirtschaft eine stagnierende F&E-Quote und konnte sich den europäischen „Innovation Leaders“ in den vergangenen Jahren nicht nähern.

Zugang zu Forschungs- und Entwicklungskompetenz

KMU verfügen häufig nicht über eigene F&E-Infrastruktur bzw. eigenes Forschungspersonal. Eine gute Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft - sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene - schafft hier Zugang, stärkt die Innovationsfähigkeit von KMU und verkürzt die time-to-market für Innovationen. Daher soll der Zugang von KMU zu wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen sowie zur Infrastruktur nicht nur für Forschung und Entwicklung, sondern auch für den Prototypenbau, sowie die Validierung von Innovationen und die Erstproduktion in Pilotanlagen unterstützt werden.

Breiter Innovationsbegriff

KMU sind nicht nur im wissenschaftlich-technischen Bereich, sondern auch bei Dienstleistungen und in der Kreativwirtschaft innovativ. In vielen traditionellen Branchen machen diese nicht-forschungsbasierten Neuerungen einen wesentlichen Teil der Innovation bei Produkten, Dienstleistungen und Geschäftsmodellen aus. Für eine optimale Nutzung des gesamten Innovationspotentials ist dem Förderangebot ein breiter Innovationsbegriff zu Grunde zu legen, der alle Bereiche abdeckt. Gleiches gilt für Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums im Rahmen der IP-Strategie des Bundes. Diese soll nicht nur Patente und registrierbare Rechte, sondern auch alle anderen Formen von wirtschaftsrelevantem geistigem Eigentum umfassen.

Förderung umweltfreundlicher Technologien

Österreichische Unternehmen erzielen im Bereich der global wachsenden Energie- und Umwelttechnikmärkte bereits hervorragende Positionierungen. Die sich daraus ergebenden Chancen sollen verstärkt genutzt werden. Es gilt, flexible Stromtarifmodelle mit intelligenten Zählern einzusetzen und ein stabiles regulatorisches Umfeld für neue Technologien zu gewährleisten.

Weiterführung des Kreativwirtschaftsschecks

Die Kreativwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an innovativen Produkten und Dienstleistungen gilt auch als Innovationstreiber für andere Branchen und wirkt damit wertschöpfungs- und wachstumsfördernd. Ein zentrales Anliegen ist es daher, die Fördermaßnahmen für die Kreativwirtschaft beizubehalten und weiter auszubauen. Insbesondere soll die Initiative evolve fortgesetzt und der Kreativwirtschaftsscheck ausgebaut werden.

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, wko.at/wp, wp@wko.at, Leitung: Dr. Christoph Schneider

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ: Präsident Dr. Christoph Leitl

Tätigkeitsbereich: Information, Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung

Blattlinie: Wirtschaftskraft KMU informiert regelmäßig über aktuelle wirtschaftspolitische Themenstellungen

Druck: Holzhausen Druck & Medien GmbH, 1140 Wien, Erscheinungsort Wien

Offenlegung: wko.at/offenlegung

Koordination:

Mag. Christoph Haushofer, Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

Mitarbeit:

Mag. Robert Koza, Wirtschaftskammer Österreich, Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

Arbeitsgruppe KMU-intern:

Prof. Dr. Reinhard Kainz, Leitung AG KMU-intern, WKO

Mag. Sabine Pinggera, WK Tirol

Mag. Julius Moosbrugger, WK Vorarlberg

Dr. Angelika Aubrunner, WK NÖ

Mag. Viktor Larissegger, WK Steiermark

Helmut Mondschein, WK Wien

Mag. Robert Riedl, WK Oberösterreich

Dr. Gerd Raspotnig, WK Salzburg

Egermann Maria, MBA, WK Burgenland

MMag. Melanie Jann, WK Kärnten

Mag., MLS, Martina Lassl, WKO

Mag. Christoph Haushofer, WKO

Mag. Roman Riedl, WKO

Mag. Michael Themessl, MA, WKO

in Zusammenarbeit mit:

KMU Forschung Austria

Mag. Peter Voithofer

Mag. Karin Bachinger

Mag. Karin Gavac

Brigitte Vogl, MA, M.A.

Gußhausstr. 8

1040 Wien

Layout Titelseite: design:ag, Alice Gutleiderer, www.designag.at

Auflage: 1.000 Stück, Stand: Dezember 2014

Bestellservice und Download: T 05 90 900-4415 | wko.at/kmu

Gendering: Soweit in diesem Text personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Haftungsausschluss: Alle Angaben erfolgen, trotz sorgfältigster Bearbeitung, ohne Gewähr und Haftung des Medieninhabers.